

## **18. DGB-Bundeskongress**

### **2. Tag – Dienstag, 23. Mai 2006**

(Beginn des Kongresses: 9.03 Uhr)

#### **Anne Jenter, Vorsitzende des Kongresses**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Einen wunderschönen guten Morgen beim zweiten Tag des 18. Ordentlichen DGB-Bundeskongresses. Wir haben heute einen spannenden Konferenztag vor uns. Dies nicht nur wegen der Wahlen zum Geschäftsführenden Bundesvorstand. Es steht auch die Grundsatzrede des DGB-Vorsitzenden für heute Nachmittag mit anschließender Diskussion an. Und Satzungsanträge werden auf der Tagesordnung stehen. Neben der Politik soll aber auch die Kunst nicht zu kurz kommen. Wir haben eine Filmeinspielung vor zu dem derzeit in den Kinos laufenden Film „Workingman's Death“.

Weiter darf ich Euch noch auf Folgendes aufmerksam machen: Bitte macht Eure Handys aus oder stellt sie wenigstens leise. Und zum Rauchen bitte ich Euch, die Pausen zu nutzen.

Ich habe noch eine sehr schöne Pflichtaufgabe zu erfüllen und den Geburtstagskindern zu gratulieren. Ich rufe die Namen auf, und Michael Sommer wird dann auf jeden zugehen.

Schäfers, Dietmar von der IG BAU hat heute Geburtstag. Wir gratulieren Dir. (Beifall)

Firsching, Frank von der IG Metall hat heute ebenfalls Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch. (Beifall)

Als Nächster darf ich Karla Birkmann zu ihrem Geburtstag gratulieren – auch von der IG Metall. (Beifall)

Und Kollegin Heidi Scharf hat heute Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch. Auch sie kommt von der IG Metall. (Beifall)

(Vorzeitige Einspielung von „Happy Birthday“)

Wir haben noch ein Geburtstagskind, Hans Reker von TRANSNET. Wir gratulieren auch Dir sehr herzlich zum Geburtstag. (Beifall) – So, jetzt klappt's.

Kolleginnen und Kollegen, es geht nun in Euren Reihen eine Genesungskarte für Heinz Putzhammer herum, die wir vorbereitet haben. Ich bitte Euch alle, Euch einzutragen. Auch ich möchte sagen: Ich hoffe sehr, dass es ihm demnächst bald besser gehen wird.

Nun kommen wir zu den normalen Aufgaben eines DGB-Bundeskongresses. Zunächst wird die Mandatsprüfungs- und Wahlkommission wegen der später angekommenen Delegierten noch einmal einen Bericht abgeben müssen. Ich bitte den Sprecher der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission, Roland Kern, das Wort zu nehmen.

#### **Roland Kern, Sprecher der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission**

Danke, Frau Präsidentin. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Nach 15 Uhr am gestrigen Tage bis heute Morgen sind weitere Kolleginnen und Kollegen eingetroffen. Die Zahl der Delegierten beträgt heute Morgen 389. Ich bitte, den nachgefolgten Delegierten das Mandat zu erteilen. – Danke.

#### **Anne Jenter, Vorsitzende des Kongresses**

Vielen Dank. – Ich lasse nun wegen der Veränderung bei den Delegierten seit

gestern nochmals über die Gültigkeit der Mandate abstimmen. Ihr braucht also jetzt Eure Stimmkarten.

Wer der Gültigkeit der Mandate zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – So haben wir das einstimmig angenommen. Vielen Dank.

Wir haben nunmehr endgültig 389 stimmberechtigte Delegierte beim DGB-Bundeskongress.

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 4, Wahlen, auf.

Wir wählen in drei getrennten Wahlgängen den Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand, als Ersten den DGB-Vorsitzenden, im zweiten Wahlgang die Stellvertretende DGB-Vorsitzende und im dritten Wahlgang die drei weiteren Mitglieder des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes. Anschließend wird noch die Revisionskommission gewählt.

Ich bitte deshalb alle Delegierten, sich jetzt auf ihre Plätze zu begeben.

Ich möchte ausdrücklich auf unsere Geschäftsgrundlage hinweisen. Dies ist die beschlossene Geschäfts- und Wahlordnung. Ihr findet sie in Euren Beratungsunterlagen in dem dicken Heft unter der Ziffer 2.

Nun noch einige Informationen, zuerst zu den Stimmzetteln. Für jeden Wahlgang erhaltet ihr den Stimmzettel nur gegen die Wahlmarke und den Delegiertenausweis. Die Teams der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission kommen an Euren Sitzplätzen vorbei und verteilen die Stimmzettel, wie gesagt, nur gegen die Wahlmarken. Gleichzeitig müsst Ihr Euren Delegiertenausweis vorzeigen. Ich werde bei jedem Wahlgang jeweils die Nummer der Wahlmarke bekannt geben. Dies geht immer nach der Reihenfolge.

Nun zu den Stimmkarten. Ich bitte Euch nun für eine wichtige und etwas außergewöhnliche Ansage um Eure Aufmerksamkeit: Jeder und jede erhält zu den Stimmkarten zwei orangefarbene Klebmarken von den Teams der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission beim ersten Wahlgang. Diese sollt Ihr auf Eure Stimmkarten kleben. Warum? Die Stimmkarten sind den Einlasskarten zum DGB-Fest zum Verwechseln ähnlich. Es wurde deshalb vereinbart: Zur besseren Erkennung und zur Sicherheit sollt Ihr auf Euren Stimmzetteln mit den beiden orangefarbenen Klebmarken vorn und hinten sozusagen ein Kennzeichen anbringen. Am besten klebt Ihr es oben hin. Das ist einfach zur Sicherheit.

Dann noch weitere Hinweise zu den Wahlen und zu deren Ablauf: Im ersten Wahlgang müssen die Kandidaten oder Kandidatinnen mehr als die Hälfte der Stimmen aller Stimmberechtigten erhalten. Die Hälfte sind derzeit 195 Stimmen. Sie müssen also dieses Quorum von 195 Stimmen erreichen. Sollte er oder sie dieses Quorum nicht erreicht haben, ist ein zweiter Wahlgang notwendig, und in diesem zweiten Wahlgang ist der- oder diejenige gewählt, der oder die die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erreicht. Sehr wichtig ist zu wissen: Enthaltungen werden als nicht abgegebene Stimmen gewertet.

Den Wahlvorschlag für die Besetzung des gesamten Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes, auf den sich die Vorsitzenden der Mitgliedsgewerkschaften verständigt haben, bringt nun der Kollege Franz-Josef Möllenberg ein, Vorsitzender der Gewerkschaft NGG und Dienstältester unter den Gewerkschaftsvorsitzenden. Ich bitte deshalb den Kollegen Franz-Josef ans Mikrofon.

### **Franz-Josef Möllenberg**

Vielen Dank, Anne. – Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin dienstältester Vorsitzender, aber auf eine Feststellung, auf die ich vor vier Jahren schon einmal Wert gelegt habe, lege ich heute Morgen auch Wert. Ich bin immer

noch der Jüngste. (Beifall) Um das Wortspiel zu komplettieren: Dienstältester Vorsitzender, an Lebensjahren der Jüngste, aber die älteste Gewerkschaft Deutschlands. Auch das ist eine schöne Mischung. (Leichter Beifall)

Nun stehe ich hier aber nicht, um Eigenwerbung für NGG zu betreiben, sondern um den Wahlvorschlag für den Geschäftsführenden Bundesvorstand zu unterbreiten. Kolleginnen und Kollegen! Ich will zunächst einmal allen bisherigen Mitgliedern des Geschäftsführenden Bundesvorstandes für die schwierige Aufgabe in den letzten vier Jahren ein herzliches Dankeschön sagen. Ich füge hinzu: Ihr habt Euch wacker geschlagen. Herzlichen Dank dafür! (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen! Wenn ein DGB-Kongress wie dieser naht, dann macht man sich natürlich im Vorfeld Gedanken. Wir haben im Kreise der Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften – das ist anders als in einer Einzelgewerkschaft, weil der DGB ja nun schließlich unsere Dachorganisation ist – im Herbst letzten Jahres die ersten Gedanken und Überlegungen angestellt. In den ersten Gesprächen im September/Oktober letzten Jahres haben wir natürlich auch gesagt: Wir legen gemeinsam Wert darauf – das will ich hier auf diesem Kongress auch sagen –, dass wir einen starken Dachverband haben, einen politisch starken DGB. Das wollen wir auch in Zukunft haben, und es muss, bei allen unterschiedlichen Auffassungen und bei allen unterschiedlichen Meinungen, auch eine Botschaft des heutigen Tages sein: Wir wollen einen politisch starken DGB mit Michael Sommer an der Spitze. Das will ich hier ausdrücklich sagen. (Beifall)

Wir haben uns natürlich auch überlegt: Wie ist die bisherige Zusammensetzung des Geschäftsführenden Bundesvorstandes? Wir wählen heute für vier Jahre. Natürlich haben wir auch auf das Lebensalter unserer Kolleginnen und Kollegen geschaut. Michael ist noch jung an Jahren, zwar ein bisschen älter als ich, aber noch frisch, gesund und kräftig. Das Gleiche gilt für Dietmar Hexel und auch für Ingrid Sehrbrock, die an Lebensjahren noch jung sind. (Zurufe: Oh!) Langsam, langsam.

Heinz Putzhammer wird aus Altersgründen nicht mehr zur Verfügung stehen. Ich will an dieser Stelle, obwohl es gestern schon mehrfach gesagt worden ist, auch aus den Reihen der Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften Heinz für seine Arbeit, nicht nur in den letzten acht Jahren im GBV, sondern auch in Jahrzehnten vorher in der GEW, sehr herzlich danken und ihm alles Gute und viel Glück wünschen, damit er den Genesungsprozess ordentlich hin bekommt und diese Krankheit besiegt. Herzliche Grüße an Dich, Heinz! (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen! Wir haben dann natürlich auch über Ursula Engelen-Kefer gesprochen. Da sind wir in einer etwas schwierigen Situation; ich will das hier nicht verheimlichen. Ursula – man sieht es ihr nicht an, aber es ist kein Geheimnis, wenn ich das hier verrate, denn es ist auch aus den Unterlagen zu ersehen – ist zurzeit 62 Jahre jung, wird im nächsten Monat 63. (Zurufe) Wir wählen hier für vier Jahre, und wir können nicht einfach für ein, zwei oder drei Jahre wählen. Dieser Kongress wählt nun einmal für vier Jahre.

Bei unseren Gesprächen im September/Oktober/November letzten Jahres war schon absehbar, dass in der gesetzlichen Rentenversicherung etwas passiert. Wir haben gestern hier miteinander Positionen beklatscht und bejubelt, als Michael Sommer und auch Ursula Engelen-Kefer gesagt haben: Wir wollen diese Rentenkürzung nicht mitmachen! Wir sind gegen die Rente mit 67! Wenn wir dagegen sind, dann können wir nicht, letztendlich im vorausseilenden Gehorsam, bei uns das möglich machen. (Buh-Rufe – Anhaltende Unruhe – Vereinzelte Pfiffe – Weitere Zurufe) Kolleginnen und Kollegen! Ganz ruhig bleiben! (Anhaltende Unruhe – Vereinzelte Pfiffe) Bitte bleibt ruhig; ich bleibe es auch.

Kolleginnen und Kollegen! Ich habe daraufhin im November letzten Jahres mit Ursula Engelen-Kefer ein Gespräch geführt und ihr gesagt, die acht Vorsitzenden

seien der Überzeugung, insbesondere vor diesem Hintergrund Rente mit 67, dass sie nicht mehr kandidieren sollte. Ursula hat verständlicherweise um Bedenkzeit gebeten. Sie hat mir dann – ich weiß es deshalb so genau, weil an dem Tag nicht nur DGB-Bundesvorstandssitzung war, sondern auch Nikolaus – am 6. Dezember letzten Jahres erklärt, sie habe es sich überlegt und werde nicht mehr kandidieren. Kolleginnen und Kollegen! Das ist Fakt, und das ist der chronologische Ablauf.

Wir haben danach im Kreis der Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften im Dezember/Januar Gespräche miteinander geführt und uns Ende Januar gemeinsam überlegt: Welche Kolleginnen und Kollegen können wir für den Geschäftsführenden Bundesvorstand vorschlagen?

Wir haben natürlich auch Anforderungen formuliert und versucht, die Vielfalt, die die Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes auszeichnet, letztendlich deutlich zu machen und zu berücksichtigen. Wir haben uns einige Kolleginnen und Kollegen angesehen, mit ihnen gesprochen, mit ihnen diskutiert. Ich kann hier feststellen: Wir können stolz darauf sein, dass wir Kolleginnen und Kollegen in unseren Reihen haben, in allen Einzelgewerkschaften, die qualifiziert sind, eine gute Arbeit machen, die geeignet wären, auch für den GBV vorgeschlagen zu werden.

Ich will das Ergebnis unserer Überlegungen aus dem Januar mitteilen.

Wir schlagen Michael Sommer als DGB-Vorsitzenden vor.

Wir schlagen auf Grund auch der Erklärung von Ursula Engelen-Kefer, dass sie nicht mehr kandidiert, als stellvertretende Vorsitzende die Kollegin Ingrid Sehrbrock vor.

Wir schlagen darüber hinaus als Mitglieder des Geschäftsführenden Bundesvorstandes zum einen Dietmar Hexel vor, der ja schon seit vier Jahren dabei ist, und darüber hinaus eine neue Kollegin sowie einen neuen Kollegen, nämlich die Kollegin Annelie Buntenbach von der Industriegewerkschaft Bau-Agrar-Umwelt und den Kollegen Claus Matecki von der IG Metall.

Wie wir meinen, ein in sich stimmiges und schlüssiges Personalpaket, das wir Euch hier auf diesem Kongress zur Wahl vorschlagen.

Noch zwei Bemerkungen, die mir wichtig erscheinen. Es ist viel hineingeheimnist worden in den letzten Wochen. Angeblich sind schon Ressorts verteilt worden. Ich weise der Ordnung halber darauf hin, dass die Geschäftsverteilung des Geschäftsführenden Bundesvorstandes ausschließlich interne Angelegenheit des Geschäftsführenden Bundesvorstandes ist - nach erfolgter Wahl. Von daher hat es keinen Zweck, da im Vorfeld letztendlich Spekulationen anzustellen.

Eine weitere Bemerkung. Ich habe das gerade gespürt. Es ging ein bisschen hoch her. Ich finde das Medieninteresse schön, aber ich würde mir wünschen, dass dieses Medieninteresse auch dann zu Tage tritt, wenn wir über inhaltliche Fragen wie Rente mit 67, die Abwehr von Kündigungsschutz, Mindestlohn, Arbeitslosigkeit, Hartz IV und so weiter hier diskutieren. (Beifall)

Manche Zeitungen haben ja spekuliert. Gestern war zumindest in einer Zeitung zu lesen „Königinnenmord“. Lasst uns das auf die Realität zurückführen. Wir haben in den Gewerkschaften, demokratische Organisationen, keine Könige und keine Königinnen, wir haben keine Erbhöfe, sondern wir haben immer nur ein Mandat auf Zeit. Darum geht es. Nicht mehr und nicht weniger. (Beifall)

Von daher unsere herzliche Bitte als Vorsitzende der Einzelgewerkschaften. Es ist ein Personalpaket, das sich nach unserer Überzeugung sehen lassen kann, das schlüssig ist. Ich werbe dafür, dass dieses Personalpaket auch zum Tragen kommt.

Ich schließe mit dem, was ich eingangs versucht habe deutlich zu machen: Wir

brauchen einen starken Deutschen Gewerkschaftsbund. Von daher bitte ich Euch, den neuen Geschäftsführenden Bundesvorstand mit Michael Sommer an der Spitze auch mit dem entsprechenden eindeutigen Votum auszustatten. Herzlichen Dank. Glück auf. (Beifall)

### **Anne Jenter, Vorsitzende des Kongresses**

Vielen Dank, Kollege Möllenberg. Wir kommen nun zur Wahl des DGB-Vorsitzenden. Gibt es weitere Wahlvorschläge für die Besetzung dieser Funktion aus der Mitte der Delegierten? – Das ist nicht der Fall. Damit ist Michael Sommer vorgeschlagen. Wünscht jemand aus dem Kreis der Delegierten eine Personaldebatte? – Das ist auch nicht der Fall.

Hiermit eröffne ich den Wahlgang für die Funktion des DGB-Vorsitzenden. Ich bitte die Teams der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission, die Stimmzettel gegen die Wahlmarke Nummer 1 auszuteilen.

Euch Kolleginnen und Kollegen Delegierte bitte ich, die Gänge zwischen den Stühlen und Tischen freizuhalten, damit sie schnell durchkommen.

Ich weise noch einmal darauf hin: Ihr könnt Ja und Nein ankreuzen. Enthaltungen werden aber als nicht abgegebene Stimmen gewertet. – Sind alle Stimmzettel abgegeben? (Zurufe: Nein!)

Ein Hinweis an die Presseleute: Ich bekomme gerade den Hinweis, dass während des Wahlgangs aus demokratischen Gründen nicht gefilmt werden darf. Das könnte anschließend nur zu Ärger führen.

Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte noch einmal erklären, warum die orangenen Punkte notwendig sind. Ihr sollt diese vorne und hinten auf Eure Stimmkarten, die so ähnlich aussehen wie die Einladungen zum DGB-Fest, aufkleben, damit es keine Verwechslungen gibt. Anscheinend hat sich das noch nicht ganz herumgesprochen. Das verzögert offensichtlich jetzt den Ablauf etwas.

Anscheinend gibt es auch Verwechslungen zwischen Stimmkarten und Stimmzetteln. Es gibt einige Kolleginnen und Kollegen, die die orangenen Punkte auf die Stimmzettel statt auf die Stimmkarten geklebt haben. (Heiterkeit – Beifall) Wir werden aber für Abhilfe sorgen. Wir sind gerade dabei, zu organisieren, dass die Kolleginnen und Kollegen einen Stimmzettel für den ersten Wahlgang bekommen.

Kolleginnen und Kollegen! Die Unklarheiten lichten sich. Diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die die orangenen Marken auf ihre Stimmzettel geklebt haben, bitten wir nach vorne zu kommen. Die Stimmzettel werden ausgetauscht. (Heiterkeit – Beifall) Bitte, Kolleginnen und Kollegen, kommt nach vorne.

Es gibt ein weiteres Problem: Manche Kolleginnen und Kollegen haben noch keine Stimmkarte. Diejenigen können hier vorne bei der Wortmeldestelle eine Ersatzstimmkarte bekommen.

Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte Euch, wieder Eure Plätze einzunehmen, weil die ausgefüllten Stimmzettel nur am Platz eingesammelt werden. Ich hoffe, dass jetzt alle im Besitz eines Stimmzettels sind. Erst wenn Ihr an den Plätzen seid, geht der Wahlgang weiter.

Die Teams der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission bitte ich, sich mit den Wahlurnen bereit zu halten.

Ich sehe, dass die Wahlurnen langsam in den Saal gebracht werden. Ich bitte Euch noch einmal nachdrücklich, auf Eure Plätze zu gehen. Nur dort könnt Ihr Eure Stimmzettel abgeben.

Ich bitte Euch nun, die Stimmzettel abzugeben. – Ich sehe noch Tische ganz ohne Wahlurnen.

Ich mache Euch zwischendurch noch auf etwas aufmerksam: Wenn Ihr hier vorne Wortmeldungen abgibt, dann schreibt bitte auf diese Zettel, zu welchem Tagesordnungspunkt bzw. Antrag die Wortmeldung ist. Sonst ist es sehr schwierig, diese Wortmeldungen zuzuordnen.

Ich darf jetzt fragen: Konnten alle Delegierten ihre Stimmzettel abgeben? – Nein.

Ich frage noch einmal: Konnten alle Stimmzettel abgegeben werden? – Sind alle abgegeben? – Das ist so, wie Ihr reagiert, der Fall. Dann ist der Wahlgang zur Wahl des DGB-Vorsitzenden abgeschlossen. Die Mandatsprüfungs- und Wahlkommission zählt nun die Stimmen hinter der Bühne aus.

Wir unterbrechen den Kongress für 15 Minuten. Ich bitte Euch, pünktlich zurückzukommen.

(Unterbrechung des Kongresses: 9.47 Uhr)

(Fortsetzung des Kongresses: 10.13 Uhr)

#### **Anne Jenter, Vorsitzende des Kongresses**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bitte nehmt Eure Plätze wieder ein. Wir können das Wahlergebnis bekannt geben.

Ich rufe nun den Sprecher der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission, den Kollegen Roland Kern, ans Mikrofon. Er wird das Wahlergebnis bekannt geben.

#### **Roland Kern, Sprecher der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission**

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Im ersten Wahlgang sind für die Mehrheit 195 Stimmen notwendig. Auf den Kandidaten Michael Sommer entfielen 298 Stimmen mit Ja, 82 Stimmen mit Nein, 5 Enthaltungen. Es wurden 385 Stimmzettel eingesammelt. Abgegeben wurden 380 Stimmen. Der Anteil der abgegebenen Ja-Stimmen beträgt 78,4 Prozent. – Danke. (Beifall)

#### **Anne Jenter, Vorsitzende des Kongresses**

Lieber Michael, ich frage Dich, ob Du die Wahl annimmst. Zur Beantwortung dieser Frage bitte ich Dich ans Mikrofon. (Beifall)

#### **Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes**

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich nehme die Wahl an. (Starker Beifall)

Ich werde alles daran setzen, den Laden zusammenzuhalten. Darauf könnt Ihr Euch verlassen; das ist mein Versprechen. Ich hoffe, dass wir die nächsten vier Jahre erfolgreich für die deutschen Gewerkschaften gestalten können. – Herzlichen Dank. (Beifall)

#### **Anne Jenter, Vorsitzende des Kongresses**

Auch wir vom Präsidium gratulieren Dir, Michael. Viel Erfolg! (Michael Sommer nimmt die Glückwünsche einiger Gratulanten entgegen)

Inzwischen ist uns ein Antrag zur Geschäftsordnung vorgelegt worden. Der Kollege Hartmut Hoffmann von ver.di mit der Delegiertennummer 377 möchte zu uns sprechen. Ich bitte ihn ans Mikrofon. Bevor wir in die nächste Wahlhandlung eintreten, sollten wir das erledigen.

**Hartmut Hoffmann**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich möchte für den nächsten Wahlgang geheime Wahlen in Wahlkabinen beantragen (Beifall und Unruhe), um den Druck von den Delegierten zu nehmen und um ein wirklich demokratisches Ergebnis erzielen zu können. – Danke. (Beifall)

**Anne Jenter, Vorsitzende des Kongresses**

Ich kann Euch allen versichern, dass dies kein Problem ist; wir haben das vorbereitet für den Fall, dass ein solcher Antrag gestellt werden würde. Nun wird das auch so gemacht. (Zurufe und Unruhe) – Das ist nur ein Angebot, klar. Wer dieses Angebot wahrnehmen will, wird das nachher auch tun können. So ist das zu verstehen. (Große Unruhe)

Wir müssen jetzt noch einmal den Sprecher der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission um das Wort bitten, weil inzwischen noch mehr Delegierte angereist sind.

**Roland Kern, Sprecher der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission**

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Während des ersten Wahlgangs sind weitere Kolleginnen und Kollegen eingetroffen. Die Anzahl der Delegierten beträgt nun 392. Ich bitte Euch, den neu eingetroffenen Delegierten das Mandat zu erteilen.

Des Weiteren möchte ich zur geheimen Abstimmung noch etwas Organisatorisches bemerken. Die Kabinen werden aufgestellt. Die Stimmzettel werden – wie im ersten Wahlgang – ausgegeben. Des Weiteren muss sich der betreffende Delegierte in die Kabine begeben, dort seinen Stimmzettel ausfüllen und mit dem Stimmzettel wieder an seinen Platz zurückkehren. Die Stimmzettel werden dann am Platz eingesammelt. – Danke.

**Anne Jenter, Vorsitzende des Kongresses**

Ich rufe Euch jetzt zur Bestätigung dieses Vorschlages auf. Wer ihm zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Das ist die absolute Mehrheit. Enthaltungen? – Keine. Gegenstimmen? – Wenige Gegenstimmen. Damit sind die Mandate in der Anzahl von 392 bestätigt.

Damit kommen wir nun zur Wahl der Stellvertretenden DGB-Vorsitzenden.

Vorgeschlagen ist Ingrid Sehrbrock. Ich frage nun: Gibt es aus der Mitte der Delegierten weitere Wahlvorschläge? – Ja. Ich bitte den Kollegen ans Mikrofon. Bitte nenne Deine Delegiertennummer, oder gib die entsprechende Karte hier vorne ab. – Reinhard Böckl, IG Metall, Delegiertennummer 134.

**Reinhard Böckl**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es war jetzt nicht einfach für mich, hier nach vorn zu gehen; das könnt Ihr Euch sicherlich vorstellen.

Wir sind eine solidarische Vereinigung, und Solidarität zählt für mich sehr viel. Aber nichtsdestotrotz glaube ich, dass es ein Stück Glaubwürdigkeit und Ehrlichkeit ist, wenn wir jetzt Ursula Engelen-Kefer zur Wahl zur Stellvertretenden Vorsitzenden vorschlagen. – Danke. (Lebhafte Zustimmung – Starker Beifall)

**Anne Jenter, Vorsitzende des Kongresses**

Vielen Dank für Deinen zusätzlichen Wahlvorschlag. Ich wiederhole: Ursula Engelen-Kefer wird als weitere Kandidatin für die Funktion der Stellvertretenden DGB-Vorsitzenden vorgeschlagen.

Wir haben nun zwei Wahlvorschläge vorliegen. Ich muss zuerst Ursula Engelen-Kefer fragen – aber davon gehe ich aus -: Nimmst Du die Wahl an, Ursula? (Starker Beifall – Große Heiterkeit – Lebhaftes Zurufe) – Ich habe viel zu schnell reagiert! Nimmst Du die Kandidatur an, Ursula? (Heiterkeit) – Bitte schön, Du hast das Wort.

### **Ursula Engelen-Kefer, Stellvertretende DGB-Vorsitzende**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es ist einer der schwersten Momente in meinem Leben, das – so muss ich Franz-Josef Möllenberg sagen – sicherlich inzwischen 62 Jahre lang ist. Aber ich fühle mich noch gut und fit, engagiert und zu der Arbeit durchaus fähig. Deshalb sage ich Ja; ich werde mich der Wahl stellen. (Lebhaftes Zustimmung - Starker Beifall)

Viele werden denken: Was will sie denn nun eigentlich? Ich habe das ja auch häufig in den Zeitungen gelesen. Ich habe immer das eine gewollt: Ich wollte weitermachen für die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik und für die Gewerkschaften und für die Vertretung von Arbeitnehmerinteressen. Daran habe ich nie einen Zweifel gelassen. (Beifall)

Ich habe aber gedacht, nachdem ich von der Findungskommission die Haltung mitgeteilt bekommen habe, man wolle mich nicht mehr – ich sei zu alt und zu orthodox –, dann habe es wohl keinen Sinn mehr. Das habe ich auch so gesagt; das ist richtig. Aber ich habe dann draußen eine Unterstützung gehabt, die unglaublich war. Das habe ich auch deutlich gemacht – jedem, der es hören wollte und der es nicht hören wollte. Deshalb, glaube ich, bin ich den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Euch, liebe Delegierte an der sogenannten Basis, verpflichtet. Daher stelle ich mich der Wahl. (Anhaltender starker Beifall)

### **Anne Jenter, Vorsitzende des Kongresses**

Vielen Dank, Ursula, für Deine Worte. – Ich habe nun die Wortmeldung zu einer persönlichen Erklärung vorliegen. Der Kollege Wolf Röder von der IG Metall mit der Delegiertennummer 92 hat das Wort.

### **Wolf Jürgen Röder**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin sehr betroffen und möchte Euch dies sagen. Ich denke, dass der Kongress wissen sollte, warum ich das bin, weil es direkt mit dem Wahlgang und mit der Kandidatur von Ursula zusammenhängt.

Das Präsidium ist heute Morgen kurz vor neun gebeten worden, dass Ursula eine persönliche Erklärung abgeben kann, bevor der Kollege Möllenberg die Personalvorschläge macht. Wir haben gesagt, selbstverständlich, und gefragt: Was ist das Thema? – Darauf hat Ursula uns mitgeteilt, dass sie nicht kandidieren möchte, um den Kongress nicht in eine Zerreißprobe zu bringen.

Ihr solltet das wissen, Kolleginnen und Kollegen. Mich hat das jetzt sehr betroffen gemacht. (Leichter Beifall)

### **Anne Jenter, Vorsitzende des Kongresses**

Vielen Dank. – Wir haben nun tatsächlich zwei Wahlvorschläge vorliegen. Das führt dazu, dass wir neue Stimmzettel drucken müssen, denn wir müssen die zwei Wahlvorschläge jetzt auf einem Stimmzettel zu Papier bringen. Deswegen gibt es jetzt wieder eine kurze Unterbrechung von 15 Minuten. (Zuruf) Die Personalvorstellung wird es nachher geben. Wenn ich den Wahlgang eröffne, werde ich fragen, ob eine Personaldiskussion gewünscht wird. Das wird dann entsprechend laufen; das ist so vorgesehen. - 15 Minuten Pause.



(Unterbrechung des Kongresses: 10.28 Uhr)

(Fortsetzung des Kongresses: 10.51 Uhr)

### **Anne Jenter, Vorsitzende des Kongresses**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte Euch, die Plätze wieder einzunehmen.

Ich eröffne den Wahlgang für die Funktion der stellvertretenden DGB-Vorsitzenden. Vorgeschlagen sind Ingrid Sehrbrock und Ursula Engelen-Kefer. Ich frage nun: Wünscht jemand eine persönliche Vorstellung? Von Ingrid Sehrbrock weiß ich, dass sie das möchte. Ich frage weiterhin: Möchte jemand die persönliche Vorstellung auch von Ursula Engelen-Kefer? Möchte sie sie selbst? – (Zurufe: Ja!) Ich höre „Ja“. Dann ist alles klar. (Unruhe) Was jetzt? Ja oder nein? – (Zurufe: Ja!) Dann ist das geklärt.

Ich schlage vor, dass wir nach dem Alphabet vorgehen, und rufe deshalb zuerst Ursula Engelen-Kefer zu einer Vorstellung auf.

### **Ursula Engelen-Kefer**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Mein Alter ist bekannt. Ich bin 62 Jahre alt. Ansonsten bin ich noch ganz munter und auch ganz fit, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Das Zweite: Ich bin verheiratet, und zwar schon seit 37 Jahren und das auch mit einem Mann, mit demselben Mann. Das Dritte: Ich habe auch zwei Kinder. Ich habe zwei Söhne, und ich musste daher in meinem Leben die Vereinbarkeit von Familie und Beruf praktizieren. Ich weiß deshalb, was das bedeutet. Meine Söhne sind inzwischen 27 und 29 Jahre alt, haben beide eine ordentliche Ausbildung abgeschlossen und kämpfen jetzt wie viele junge Leute um einen vernünftigen Einstieg ins Erwerbsleben. Dies zu meiner Biographie.

Zu meiner Arbeit: Ich glaube, ich habe gestern versucht deutlich zu machen, was wir und ich besonders in den letzten vier Jahren in der Sozial- und Arbeitsmarkt- sowie in der Gleichstellungs- und Frauenpolitik gemacht haben und welche dringenden Projekte anstehen.

Worum geht es mir, Kolleginnen und Kollegen? Erstens geht es mir um eine Gesundheitsreform, mit der wir leben und gegenüber unseren Kolleginnen und Kollegen auch auftreten können und die die gesetzliche Krankenversicherung zukunftsfest macht, und zwar gegen massive Angriffe von den Privatisierern und denjenigen, die die gesetzliche solidarische Krankenversicherung kaputt machen wollen. (Beifall)

Es geht mir zweitens um die Aufrechterhaltung und Zukunftsfähigkeit unserer Altersversorgung, und zwar sowohl der gesetzlichen wie auch der privaten Altersversorgung. Auch da stehen wir derzeit massiven Angriffen gegenüber und müssen alles tun, um die gesetzliche Altersversorgung auch zukunftsfähig zu machen, sodass unsere Kolleginnen und Kollegen und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sich auf ihre Rente verlassen können. Denn Rente ist kein Almosen; Rente sind Ansprüche, die sich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch ihre Beiträge erworben haben, und das soll auch so bleiben, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Schließlich und letztlich geht es darum, dass wir die Arbeitsmarktpolitik wieder vom Kopf auf die Füße stellen. Wir brauchen nicht noch mehr Druck auf Arbeitslose, sondern wir müssen endlich fördern. Wir müssen endlich dafür sorgen, dass durch eine vernünftige Qualifizierung und durch auch längerfristige Beschäftigungspro-

jekte Arbeitslose und Langzeitarbeitslose wieder eine Chance haben. Dafür setze ich mich ein. Ich möchte das auch in Zukunft tun. Ich halte das für das dringend erforderlich, gerade im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die wir zu vertreten haben.

Nicht zuletzt ist es ganz wichtig, dass wir in der Gleichstellungs- und Frauenpolitik Akzente setzen. Im Augenblick geht es in der Politik vor allem um die Familienpolitik. Das ist wichtig, und das ist richtig. Aber wir dürfen nicht vergessen, dass es nach wie vor in den Betrieben und in den Verwaltungen erhebliche Benachteiligungen von Frauen gibt und dass wir als Gewerkschaften hier die große Aufgabe haben, uns noch intensiver für die Interessen unserer Kolleginnen und Kollegen einzusetzen. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es richtig, dass der DGB inzwischen ein Projekt „Trendwende“ für mehr Mitgliederentwicklung beschlossen hat, und ich möchte gern meinen Beitrag dazu leisten über eine wirksame Vertretung unserer Interessen in der Sozialpolitik, in der Arbeitsmarktpolitik, in der Gleichstellungs- und Frauenpolitik, damit hier auch Frauen in ausreichendem Maße berücksichtigt werden und wir entsprechend durchsetzungsfähig sind gegenüber der Politik, gegenüber den Arbeitgebern und in der Öffentlichkeit.

Dies sind meine Anliegen, Kolleginnen und Kollegen. Ich habe sie gestern detaillierter dargestellt und möchte mich deshalb hier auf diese Ausführungen beschränken. Dafür möchte ich mich einsetzen, und deshalb habe ich mich hier erneut zur Wahl gestellt. – Danke schön. (Beifall)

#### **Anne Jenter, Vorsitzende des Kongresses**

Vielen Dank, Ursula. – Ich bitte Ingrid Sehrbrock ans Mikrofon.

#### **Ingrid Sehrbrock**

Kolleginnen und Kollegen! Kampfkandidaturen gehören zu den demokratischen Gepflogenheiten und zum politischen Geschäft. Deshalb stelle ich mich jetzt auch dieser Wahl. „Wer Harmonie sucht“, hat Norbert Blüm früher gesagt, „der muss in den Gesangverein gehen.“ Ich bin nicht in den Gesangverein gegangen, sondern ich bin in die Politik gegangen, und dann muss man auch mit solchen Situationen umgehen, Kolleginnen und Kollegen.

Stellvertreterpositionen sind herausgehobene, ganz wichtige Positionen. Sie waren im DGB bisher eine wichtige Stimme, die in der Politik auch gehört worden ist. So soll es auch bleiben.

Über meine Person konnte man schon alles Mögliche lesen, aber lasst mich doch noch ein paar Sätze ergänzend zu dem, was in den Zeitungen zu lesen war, sagen.

Ich komme aus einer Arbeiterfamilie in Hessen. Ich habe zunächst eine Lehre als Drogistin gemacht. Ich finde es auch gut, dass ich die Erfahrung aus einer Ausbildung im dualen System habe; ich bin ja für Bildung zuständig, wie Ihr wisst. Ich habe dann über den Zweiten Bildungsweg Abitur gemacht. Ich habe englische Politik in Frankfurt am Main studiert. Es war damals nicht so selbstverständlich, dass Leute meiner politischen Couleur – ich bin nämlich damals schon CDU-Mitglied gewesen – in Frankfurt Politik studiert haben. Ich war dann fast zehn Jahre im Schuldienst, habe in Hessen Englisch und Sozialkunde unterrichtet.

Dann war ich eineinhalb Jahre persönliche Referentin der Staatssekretärin für Frauenfragen. Ich hatte schon viele Jahre ehrenamtlich Frauenpolitik gemacht. Ich bin dann hauptamtlich in diese Funktion gekommen und habe das eineinhalb Jahre gemacht. Danach war ich zehn Jahre Bundesgeschäftsführerin der Frauenuktion

der CDU. Rita Süßmuth war damals die Vorsitzende. Das war eine ganz spannende Zeit, in der viele wichtige Entscheidungen getroffen worden sind.

Ich war auf Vorschlag des Deutschen Gewerkschaftsbundes zwei Jahre in Tschechien und in der Slowakei als Sozialattaché. Das war auch eine ganz spannende Zeit. Interessant waren insbesondere die Kontakte zu den dortigen Gewerkschaften. Ich finde, es ist auch heilsam, einmal Deutschland von draußen zu betrachten. Da wird einem vieles klarer. Mir ist beispielsweise klar geworden, dass die Sozialpartnerschaft, die wir seit vielen Jahren erfolgreich praktizieren, ja alles andere als selbstverständlich ist. In Tschechien und in der Slowakei gibt es das bisher noch nicht, und wir haben dafür geworben, dass das auch dort ein Modell für die Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften sein könnte.

Ich bin Mitte der Siebzigerjahre Mitglied der HBV geworden und bin später in die GEW gewechselt. Ich war in der GEW Schulgruppenvorsitzende, ich war Personalrätin und bin schließlich in ver.di gelandet.

Ich bin in dieser Zeit auch Mitglied der CDA geworden; das ist ja kein Geheimnis. Ich bin damals Mitglied geworden, weil man über so spannende Fragen wie die Humanisierung der Arbeitswelt diskutiert hat. Das hat mich als junger Mensch sehr beschäftigt. Wir haben auch Fragen diskutiert, wie man zu mehr betrieblichen Ausbildungsplätzen kommt.

Wir haben vor allem diskutiert, wie man zu mehr betrieblichen Ausbildungsplätzen kommt. Wir haben in der CDA damals das Kieler Modell beschlossen, das ist die Umlagefinanzierung. Das hat mich damals sehr beschäftigt und auch motiviert, mich in dieser Gruppe zu engagieren. Ich bin ja auch stellvertretende Vorsitzende der CDA.

Kolleginnen und Kollegen! Was die Findungskommission erarbeitet hat, das ist der Versuch eines sehr ausgewogenen Vorschlags. Man könnte auch sagen, es ist eine moderne Interpretation von Einheitsgewerkschaften. Die Einheitsgewerkschaft ist mir wichtig. Ganz gleich, wie die Regierung aussieht, wir müssen gute Kontakte haben, wir müssen Einfluss nehmen auf die Regierenden, auf die Parlamentarier. Da ist es wichtig, gleiche Nähe und Distanz zu halten. Das ist uns in den letzten Monaten auch gut gelungen. Der DGB muss handlungsfähig bleiben. Deshalb ist es die richtige Strategie gewesen.

Ich habe mich auch immer verstanden als Brücke zu meiner Partei. Das war ja nicht immer leicht. Ich habe sehr viele Konflikte mit meiner Partei gehabt. Dennoch habe ich versucht, gewerkschaftliche Positionen in die CDA zu tragen. Ich habe als Erste beispielsweise die Diskussion angestoßen zum Mindestlohn. Das war ja vor längerer Zeit in meiner Partei noch kein Thema. Franz-Josef Möllenberg war dabei, auch Werner Bischoff. Das war die Auftaktveranstaltung. Das hat der Partei gut getan.

Nun ist viel diskutiert worden darüber, welche Bereiche die stellvertretende Vorsitzende zukünftig vertreten soll. Das ist ja noch nicht verteilt. Franz-Josef Möllenberg hat zu Recht gesagt, das wird in der Klausursitzung des Geschäftsführenden Bundesvorstands entschieden. Deshalb ist überhaupt noch nicht entschieden, ob bei der Stellvertreterin in Zukunft die Bereiche der Sozialpolitik bleiben. Sie sind wichtig, das ist überhaupt keine Frage. Aber ich finde, auch die Bildungspolitik spielt eine wichtige Rolle, ja, sie muss eine hervorgehobene Rolle spielen auch im Deutschen Gewerkschaftsbund. (Beifall)

Bildung ist nun mal der Schlüssel für Chancengleichheit, und wir haben da noch vieles nachzuholen. Wir haben durch internationale Vergleichsstudien bescheinigt bekommen, dass wir nur im Mittelfeld sind. Jetzt müssen wir darangehen, die festgestellten Mängel auch tatsächlich zu beheben. Da sollten wir auch mal auf die anderen Länder gucken, die das erfolgreicher gemacht haben. Da müssen auch

die Kultusminister mehr Feuer unter dem Hintern bekommen, damit sich in diesem Bereich tatsächlich etwas bewegt und wir mehr Chancengleichheit hinbekommen, als das bisher der Fall ist. (Beifall)

Dann wird immer gefragt: „Wie durchsetzungsfähig ist die Kollegin eigentlich?“ Ich habe da eine harte Schule hinter mir. Erstens ist man in der CDA immer in der Minderheit. Zweitens ging es in der Zeit, in der ich Frauenpolitik gemacht habe, um die Frauenquote in einer konservativ geprägten Partei. Es ging um das Gleichstellungsgesetz im öffentlichen Dienst, und es ging um den Artikel 3 im Grundgesetz, den wir mit Unterstützung aller Parteien – das war zum Schluss die Strategie – ergänzt und erweitert haben, was überhaupt nicht abzusehen war.

Ich kann Euch sagen, Kolleginnen und Kollegen, da muss man lernen, Bündnispartner zu finden, da muss man gucken, wo man Mitstreiter findet, wer sich an Prominenten auch für die Ziele einsetzt. Das ist uns gelungen, ist mir insbesondere in der Funktion gelungen. Das ist eine wunderbare Schule für den DGB. Da lernt man, wie man Dinge durchsetzen kann.

Lasst mich ein paar Punkte zu dem sagen, was mir in nächster Zeit wichtig ist. Wie schon gesagt, die Chancengleichheit. Das verstehe ich auch ein Stück als Verpflichtung aus meiner eigenen Biografie. Ich komme aus einer Familie, wo viele nicht die Chance hatten, die Bildungswege zu gehen, die sie wollten. Ich war die Erste. Ich habe das immer als Verpflichtung gesehen für die Politik, gerade für diejenigen, die nicht die Unterstützung aus der Familie finden, die Wege ein Stück zu glätten, sie zu begleiten, zu fördern, damit sie ihre Potentiale auch tatsächlich entfalten können, ihre Chancen haben in dieser Gesellschaft. Das werde ich auch in Zukunft weiter tun, Kolleginnen und Kollegen. Da ist noch ein weites Feld zu beackern. (Beifall)

Das Zweite: prekäre Beschäftigung oder unsichere Beschäftigung. Es ist höchste Zeit, dass wir in den Gewerkschaften mal Bilanz ziehen, was sich da in den letzten Jahren entwickelt hat. Ich weiß natürlich, dass sich in jeder Gewerkschaft die Kollegen mit diesen Fragen beschäftigten. Aber es gibt keinerlei Austausch, es gibt keine wechselseitige Information, es gibt keine Strategie, wie wir den Arbeitgebern da Paroli bieten wollen. Es ist höchste Zeit, dass wir uns da zusammentun. Das muss beim DGB angesiedelt werden, damit wir koordinieren und gemeinsame Strategien entwickeln, damit die Dinge nicht so weitergehen. Das können wir den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern dieser Republik nicht zumuten. Da muss mehr Power dahinter! (Beifall)

Dazu gehört auch das Thema existenzsichernde Einkommen und Mindestlohn. Vor vier Jahren haben wir das vertagt. Wir können es uns nicht leisten, das noch einmal zu vertagen. Niemand wird verstehen, dass wir im Herbst, wenn die Parteikommissionen ihre Vorschläge machen, sagen, wir konnten uns nicht verständigen, wir konnten uns nicht einigen. Das wird niemand verstehen – weder unsere Mitglieder noch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer draußen, die wir noch nicht als Mitglieder gewonnen haben. Denn wer macht sich denn außer uns stark für Mindestlöhne, für existenzsichernde Einkommen? Deshalb muss jetzt, bei diesem Kongress, der Knoten durchgeschlagen werden, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Ein Letztes. Wir haben ja die Initiative „Trendwende“ begonnen. Das ist gut. Wir brauchen mehr Mitglieder. Es gibt 38 Millionen Beschäftigte, und wir haben weniger als sieben Millionen Mitglieder. Da haben wir noch große Potentiale. Wir müssen mitgliedernäher arbeiten.

Das ist auch etwas, das ich aus Indien mitgebracht habe. Gestern habe ich es nicht gesagt, aber heute möchte ich darüber berichten. Dort ist es so, dass die Funktionärinnen, die häufig nicht aus der Schicht kommen, für die sie arbeiten,

nämlich die Ärmsten der Armen, sich den Lebensbedingungen der Menschen vor Ort aussetzen, damit sie wissen, wie es da zugeht, wo man ansetzen muss, was für die wichtig ist. Das hat sich bewährt. Deshalb hat diese Gewerkschaft auch innerhalb von wenigen Jahren 700.000 Mitglieder gewonnen. Von denen können wir eine ganze Menge lernen.

Deshalb finde ich es gut, dass wir auch die Jugendprojekte in unserer Initiative „Trendwende“ haben. Ich wünsche mir, dass dafür noch ein bisschen mehr Geld zur Verfügung gestellt wird, denn wir machen das im Moment auf Sparflamme. (Leichter Beifall)

Wir könnten noch sehr viel mehr junge Leute beraten, wenn wir da noch etwas mehr Geld zur Verfügung hätten. Wir haben es geschafft, innerhalb von 48 Stunden den jungen Leuten, die eine Frage an uns richten, auch eine ordentliche Antwort zu geben. Das Echo ist überwältigend. Wir sind da genau auf dem richtigen Weg. Ich danke ausdrücklich Christian Kühbauch, der diese Idee aus Bayern mitgebracht hat. Wir sind da in der Tat in einem guten Bereich, auch junge Leute zu werben, Mitglieder zu gewinnen. Wir haben eine ganze Menge gewonnen.

Ich sage aber ganz offen, was noch nicht so gut funktioniert, nämlich die Anschlussbetreuung, wenn sie Gewerkschaftsmitglieder geworden sind. Daran müssen wir noch arbeiten. Das habe ich mir vorgenommen. Das ist das, was ich im Wesentlichen vorhabe.

Noch eines. Es ist natürlich klar, dass uns die Lösungen zu der Frage von Chancengleichheit in der Bildung, der Frage prekärer Beschäftigung, wie kommen wir zu existenzsichernden Einkommen, nicht auf dem Silbertablett serviert werden. Uns wird nichts geschenkt. Das kenne ich übrigens auch aus der Frauenpolitik. Dafür muss man hart arbeiten. Dafür braucht man Mitstreiter. Dafür braucht man einflussreiche Personen in der Politik, in der Regierung, aber man muss auch gucken, wo man sonst noch Verbündete findet. Dafür mache ich mich stark, Kolleginnen und Kollegen. Verlasst Euch drauf. Vielen Dank. (Beifall)

### **Anne Jenter, Vorsitzende des Kongresses**

Vielen Dank, Ingrid.

Wir kommen nun zur Personaldebatte, wenn diese gewünscht wird. Bis jetzt liegen noch keine Wortmeldungen vor. Wünscht jemand eine Personaldebatte? – Es gibt eine Wortmeldung. Dann treten wir in die Personaldebatte ein. Der Kollege Eberhard Brandt von der Gewerkschaft GEW mit der Delegiertennummer 79 hat das Wort. Bitte schön.

### **Eberhard Brandt**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt ja erkennbar Irritationen über die Frage des politischen Kurses, den der DGB fährt. Darum habe ich Fragen an Ingrid Sehrbrock, die sich auf den Bereich der Bildungspolitik, der Beamtenpolitik und auf den Kurs gegenüber der Bundesregierung beziehen.

Das Erste: Ingrid Sehrbrock hat eben gesagt, wir haben große Probleme mit der Chancenungleichheit im Bildungswesen in der Bundesrepublik seit 50 Jahren. Den Kultusministern „mehr Feuer unter dem Hintern machen“ ist eine etwas sehr unspezifische Aussage. Überall wird das dreigliedrige Schulsystem verstärkt. Der Kurs der Kultusminister in allen Ländern geht in die falsche Richtung: statt auf Gesamtschulen Stärkung des dreigliedrigen Bildungssystems. Das bedeutet Ausschluss von jungen Menschen von Bildungschancen, die sie dringend brauchen. Das schafft das Elend an der Hauptschule. (Beifall)

Wenn wir hier eine Botschaft geben, dann muss sie heißen, dass wir dieses ge-

gliederte Schulsystem überwinden wollen, dass wir diese Output-Steuerung, diese Vergleichsarbeiten, diese Assessments, die ständig über die Schulen hereinbrechen, für einen falschen Kurs halten. Wir brauchen an der Stelle geschärfte Aussagen.

Zum Zweiten zur Frage der Ganztagschule. Du hast gestern gesagt, Ganztagschulen seien ein Erfolg, den der DGB durch die ständige Forderung nach den Ganztagschulen erreicht hat. Wir haben ja ein Vorgespräch gehabt. Ich habe Dich darauf hingewiesen, dass in den Bundesländern daraus etwas so Schlechtes wird, dass das gute Label „Ganztagschule“ auf den Hund kommt. Da werden Ein-Euro-Kräfte statt Sozialpädagogen und Lehrer eingesetzt. Da werden Gymnasien, die Nachmittagsunterricht haben, zu Ganztagschulen erklärt. Wir müssen den guten Namen „Ganztagschule“ hochhalten und scharfe Angriffe auf die Kultusminister fahren, die das Geld des Bundes eingesackt haben und daraus nur Mist machen. Das erwarten unsere Kolleginnen und Kollegen deutlich, und das erwarten auch die Eltern, die hohe Ansprüche an Ganztagschulen haben. (Beifall)

Dann zur Stellung zur Bundesregierung. Der Finanzminister, der gestern hier war und ja so liebevoll begrüßt wurde, hat durchgesetzt, dass die Bundesregierung beschlossen hat, unseren Kollegen so in die Tasche zu greifen, dass das bei uns Nettoverluste von 3.000 Euro sind. Da kann man nicht tätscheln, da braucht man einen klaren Kurs gegenüber einer solchen unsozialen Steuerpolitik, die so unsozial ist, wie es sich keine andere Regierung vorher getraut hat. (Beifall)

Dazu brauchen wir hier klare Aussagen. Dieser Kongress muss deutlich machen, ob es eine Aufbruchstimmung oder Schmusekurs gibt. Dazu brauchen wir auch von Dir hier Antworten. Wofür stehst Du an der Stelle? Davon werden Wahlentscheidungen abhängen.

Zuletzt zur Beamtenpolitik. Wer hat da eigentlich das Heft in der Hand, zusammenzuführen, was zusammengeführt werden muss, damit wir da einheitlich und klar auftreten, wo durch die Föderalismusreform das Zerfleddern droht? Da brauchen wir auch Strukturen im DGB, die uns in den Ländern in die Lage versetzen, das zu tun, was nötig ist, damit nicht im Beamtenbereich das Spielchen läuft: Der eine zieht den anderen in der Besoldung noch herunter und verschlechtert die Bedingungen. Auch dazu hätte man, wenn man für den Bereich zuständig ist, hier deutliche Ideen erwartet. (Beifall)

#### **Anne Jenter, Vorsitzende des Kongresses**

Vielen Dank, Eberhard. Gibt es weitere Wortmeldungen? Ich denke, wir bündeln, bevor geantwortet wird. - Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich Dich, Ingrid, noch einmal ans Mikrofon.

#### **Ingrid Sehrbrock, Geschäftsführender Bundesvorstand**

Kolleginnen und Kollegen! Ich beantworte natürlich gern die Fragen, die jetzt angeschnitten worden sind. Ich fange mit dem Thema Chancengleichheit und dreigliedriges System an. Es ist richtig, in meiner eigenen Partei ist das nach wie vor ein Thema. Ich war nie eine Verfechterin dieses Systems, Kolleginnen und Kollegen, und ich habe dafür, als ich Kommunalpolitikerin war, heftige Prügel bezogen. Ich meine aber, ich habe gestern deutlich genug gesagt, was aus meiner Sicht eine gute Schule für alle ausmacht. Ich habe die Kriterien genannt; ich kann sie auch alle noch einmal wiederholen, Kolleginnen und Kollegen. Das sind leistungsgemischte Gruppen, das sind kleinere Lerngruppen, das sind bessere Arbeitsbedingungen für Lehrerinnen und Lehrer, das ist meiner Meinung nach die Ganztagschule, weil man viel mehr Zeit hat, weil man nicht in diesem 45-Minuten-Takt

arbeiten muss, weil junge Leute einfach mehr Zeit haben, sich selber etwas zu erarbeiten, und weil man eine vernünftige Nachmittagsbetreuung anbieten kann. Es war Herr Schleicher von der OECD, der uns vor einiger Zeit gesagt hat: In Deutschland ist es so: vormittags Schule, nachmittags Fernsehen. Genau das darf es in Zukunft nicht mehr geben, Kolleginnen und Kollegen.

Deshalb bleibe ich dabei: Ich mache mich stark für die Ganztagschule, und ich bin der Meinung, dass man das dreigliedrige System durch das ersetzen muss, was ich gerade noch einmal als eine gute Schule für alle genannt habe. (Beifall)

Zur Ganztagschule: Ich habe gestern bei der GEW schon gesagt, und ich habe es auch gestern hier im Saal gesagt, ich finde, es bleibt ein Fehler, dass sich die Bundesministerin darauf hat einlassen müssen, sage ich jetzt mal, dass bei der Vergabe der 4 Milliarden für Ganztagschulen keine Kriterien verabredet worden sind. Das halte ich für falsch. Aber ich glaube, es war zum Schluss die Frage, ob sie das Programm überhaupt durchsetzt oder ob sie es nicht durchsetzt. Dann hat sie sich darauf eingelassen. Inzwischen wissen viele, dass das falsch war. Es ist in der Tat so, dass alles Mögliche mit diesen 4 Milliarden finanziert worden ist.

Ich finde es deshalb auch richtig, dass man den Ländern auf die Finger guckt, was sie damit gemacht haben. Ich denke, es muss dann auch öffentlich gemacht werden, wenn die Mittel fehlgeleitet worden sind. Das gehört, finde ich, auch zu einer vernünftigen Kontrolle von öffentlichen Mitteln, die eingesetzt werden. Deshalb bin ich nach wie vor der Meinung: großer Fehler, und wir müssen es öffentlich machen, wenn die Länder die Mittel nicht richtig verwendet haben.

Zum Thema Schmusekurs mit der Bundesregierung, Kolleginnen und Kollegen: Ich finde nicht, dass wir das machen. Wir haben das bei Rot-Grün nicht gemacht, und wir machen das auch bei dieser Regierung nicht. Aber man muss sich über eines klar sein: Als ich noch jünger war, habe ich immer gedacht: Wenn ich eine kämpferische Presseerklärung über die „Frankfurter Rundschau“ absetze – und das habe ich auch früher gemacht –, dann ist das Problem so gut wie gegessen. Aber jeder weiß, dass man dann erst anfangen muss zu arbeiten. Man muss nämlich Mehrheiten gewinnen, man muss Leute überzeugen. So ist es nun mal in der Demokratie. Das muss man sozusagen mit allen Regierungen machen.

Ich bleibe dabei: Es war richtig, dass wir Abstand gehalten haben, und es ist wichtig, dass wir die Kontakte pflegen. Wir sind deutlich genug – Michael Sommer hat das gestern auch klar gesagt. Wir sind gegen Rente mit 67, wir sind gegen die Aufweichung des Kündigungsschutzes, und wir sind gegen gesetzliche Regelungen für betriebliche Bündnisse. Die brauchen wir nicht, wir haben sie nämlich längst. Wo flexibilisiert werden muss, geht das längst mit dem vorhandenen Instrumentarium.

Ich glaube also, wer uns unterstellt, wir würden einen Schmusekurs mit der Bundesregierung machen, der nimmt einfach nicht zur Kenntnis, was tatsächlich gemacht wird.

Nun zur Föderalismusreform: Also da war ich ja nun wirklich an vorderster Front. Ich kann Euch nicht sagen, wie viele Gespräche ich geführt habe – mit allen Fraktionen, mit allen Innenpolitikern. Nur, das Interessante ist ja: Die sind alle unserer Meinung. Jedenfalls was die Beamtenpolitik betrifft, gibt es niemanden, der uns gesagt hätte, das ist die richtige Lösung, dass in Zukunft die Länder für Besoldung und Versorgung zuständig sind. Alle haben gesagt: Das ist Quatsch. Und einige haben uns gesagt: Na ja, das dauert drei, vier Jahre, dann nehmen sie das wieder zurück.

Ich finde also, wir haben uns als DGB in aller Deutlichkeit dazu geäußert. Und wir hatten ja jetzt gerade vor 14 Tagen noch die Aktion in Rheinland-Pfalz und Hessen auf der Theodor-Heuss-Brücke, wo wir auch noch mal ein bisschen ironisch mit

dem Zollhäuschen deutlich gemacht haben, dass da die Kleinstaaterei wieder aufbricht. Es ist falsch. Wir haben es deutlich gesagt. Wir haben mit allen Beteiligten gesprochen. Wir haben auch noch mal die Vertreter aller Länder eingeladen. Auch sie waren der Meinung, dass es falsch ist.

Wir können jetzt nur noch hoffen, dass die Parlamentarier dies verhindern können. Aber ich sage Euch auch eines: Ich habe vorletzte Woche mit dem Innenminister gesprochen. Er hat mir wenig Hoffnung gemacht. Man muss dann manchmal eben auch hinnehmen, dass man nicht erfolgreich ist. Ich hoffe immer noch, dass die guten Argumente, die wir dazu vorgetragen haben und die von niemandem widerlegt worden sind, durchschlagen. Erst letzte Woche war die Anhörung im Bundestag, und da hat Herr Battis beispielsweise fast wörtlich unsere Position vertreten.

Ich kann nur hoffen, dass sich die guten Argumente durchsetzen. Jedenfalls haben wir uns als DGB in dieser Frage keine Versäumnisse vorzuwerfen. Das will ich hier klipp und klar sagen. Wir haben gekämpft, und wir hoffen, dass wir damit jetzt auch erfolgreich sein werden. – Vielen Dank. (Starker Beifall)

### **Anne Jenter, Vorsitzende des Kongresses**

Vielen Dank, Ingrid.

Ich schließe hiermit die Personaldebatte und bitte die Teams der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission, die Stimmzettel auszuteilen, die so aussehen, und zwar gegen die Wahlmarke Nummer 2. Haltet diese und Euren Delegiertenausweis bitte bereit. – Nicht den Delegiertenausweis, sondern Stimmkarte heißt das, was Ihr bereithalten müsst – mit den orangefarbenen Punkten.

Ich bitte die Teams, mit den Urnen hereinzukommen und die Stimmzettel einzusammeln. Wo sind die Teams der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission? Ich bitte sie, mit den Urnen hereinzukommen und die ausgefüllten Stimmzettel einzusammeln. Das ist aber nur möglich, Kolleginnen und Kollegen, wenn Ihr Euch an Euren Plätzen befindet. Das muss ich noch dazusagen.

Der Wahlvorgang geht langsam dem Ende zu, wenn ich das richtig sehe. Wer konnte seinen Stimmzettel noch nicht abgeben? – Sind alle Stimmzettel abgegeben? – Ich glaube, die Letzte gibt jetzt gerade noch ab. Hat jeder und jede ihren Stimmzettel abgeben können? – Das scheint der Fall zu sein. Es gibt keinen Widerspruch. Dann gehe ich davon aus, dass ich den Wahlvorgang abschließen kann.

Ich schließe hiermit den Wahlvorgang ab. Wir treten wieder in eine fünfzehnminütige Unterbrechung für das Auszählen der Stimmen ein. Bitte kommt pünktlich zurück!

(Unterbrechung des Kongress: 11.28 Uhr)

(Fortsetzung des Kongresses: 11.49 Uhr)

### **Anne Jenter, Vorsitzende des Kongresses**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beenden die Unterbrechung. Ich bitte Roland Kern als Sprecher der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission, das Wahlergebnis bekannt zu geben. – Roland, Du hast das Wort.

### **Roland Kern, Sprecher der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission**

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Im zweiten Wahlgang zur Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden ist eine notwendige Mehrheit von 197 Stimmen erforderlich.



Es wurden 390 Stimmzettel eingesammelt. Abgegeben wurden 373 Stimmen.

Auf die Kollegin Ursula Engelen-Kefer entfielen 161 Stimmen. Auf die Kollegin Ingrid Sehrbrock entfielen 212 Stimmen. (Lebhafter Beifall) Das sind 56,8 Prozent der abgegebenen Stimmen für die Kollegin Ingrid Sehrbrock und 43,2 Prozent der Stimmen für die Kollegin Ursula Engelen-Kefer. – Danke. (Beifall)

### **Anne Jenter, Vorsitzende des Kongresses**

Vielen Dank, Roland.

Ich frage Ingrid Sehrbrock, ob sie die Wahl annimmt. Ich bitte sie, dazu nach vorne ans Mikrofon zu kommen.

### **Ingrid Sehrbrock**

Ja, Kolleginnen und Kollegen, ich nehme die Wahl an, und ich bedanke mich für das Vertrauen und verspreche, dass ich dieses auch in ganz konkrete Politik für unsere Mitglieder umsetzen werde. – Vielen Dank. (Beifall)

### **Anne Jenter, Vorsitzende des Kongresses**

Liebe Ingrid, ich gratuliere Dir auch im Namen des Präsidiums sehr herzlich. (Starker Beifall – Ingrid Sehrbrock nimmt die Glückwünsche einiger Gratulanten entgegen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir kommen nun zur Wahl der drei weiteren Mitglieder des Geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB.

Der Wahlvorschlag der Vorsitzenden der Mitgliedsgewerkschaften wurde von Franz-Josef Möllenberg bereits bekannt gegeben. Es sind die Kollegin Annelie Buntenbach und die Kollegen Dietmar Hexel und Claus Matecki.

Gibt es weitere Wahlvorschläge aus dem Kreis der Delegierten? – Das ist bis jetzt nicht der Fall. Aber noch habt Ihr die Chance. – Ja, das ist nicht der Fall.

Dann können wir jetzt mit der Vorstellung der Kandidatin und des Kandidaten beginnen, die bisher nicht im GBV waren. Wünscht jemand auch die Vorstellung von Dietmar Hexel? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann bitte ich die Kollegin Annelie Buntenbach um ihre Vorstellung. Ihr Lebenslauf ist vor Euch, ganz weit unten, auf dem Tisch ausgelegt. Ich glaube, auch der von Claus Matecki.

### **Annelie Buntenbach**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einige Daten zur Person: Ich leite die Abteilung Sozialpolitik beim Bundesvorstand der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, bin 51 Jahre alt, verheiratet, habe in Bielefeld Geschichte studiert, meine Ausbildung zur Lehrerin abgeschlossen und habe anschließend neun Jahre als Setzerin gearbeitet. Gewerkschaftsmitglied bin ich seit 1978, und zwar zuerst in der ÖTV, dann in der IG Medien und jetzt in der IG BAU. Bevor ich im Jahre 2002 zur IG BAU gekommen bin, war ich acht Jahre als Abgeordnete für die Grünen im Bundestag, und zwar im Ausschuss für Arbeitsmarkt- und Sozialordnung als arbeitspolitische Sprecherin.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich anfang, mich politisch zu engagieren, war in Europa gerade Margret Thatcher politische Mode. Sie hat ihre neoliberale Politik gegen massiven gewerkschaftlichen Widerstand durchgedrückt. Der Leitsatz dieser Dame „There is no alternative“ – „Es gibt keine Alternative“ hat mich damals tierisch geärgert, und er ärgert mich heute noch, besonders wenn ich ihn von Frau Merkel und Herrn Müntefering höre. (Beifall)

Die Große Koalition will jetzt das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre anheben und

das Rentenniveau noch weiter absenken. Und dazu soll es keine Alternative geben? – Es gibt sie, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Die Verschlechterung bei der Rente begründet die Große Koalition damit, dass wir ja jetzt alle älter würden, und deshalb müssten wir auch länger arbeiten. Das ist nun wirklich eine Milchbubenrechnung. Wo sind denn die Arbeitsplätze? Und wie viele Arbeitnehmer werden denn schon mit 40 Jahren von den Personalchefs zum alten Eisen gezählt? Viele können gar nicht so lange arbeiten. Am Bau zum Beispiel schafft es nur jeder zehnte Kollege bis zur Regelaltersrente mit 65 Jahren. Deshalb frage ich mich, wie viele es dann wohl noch schaffen werden, sich bis 67 auf dem Gerüst zu halten.

Mit solchen Maßnahmen, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden für Millionen die Weichen in die Altersarmut gestellt und die Grundlagen der Rentenversicherung zerstört. Das werden wir nicht zulassen. (Beifall)

Die Politik versucht sich an der Lebenswirklichkeit der Menschen vorbei zu stellen. Wer, wenn nicht wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, weiß, wie der Alltag in den Betrieben aussieht, wie es zuhause bei der arbeitslosen Kollegin und dem arbeitslosen Kollegen aussieht und wie zerstörerisch sich solche Gesetze auf die Menschen auswirken? Diesen Blick auf die Lebenswirklichkeit werden wir der Politik nicht ersparen, nicht in Berlin und nicht vor Ort in den Wahlkreisen. (Beifall)

Unsere Mitglieder können sich zusätzlich keinen Privatarzt leisten, auch nicht den Flug in die USA zum Spezialisten. Unsere Mitglieder sind darauf angewiesen, dass die kollektiven Sicherungssysteme einen tragfähigen und qualitativ guten Schutz bieten. Dafür haben Gewerkschaften seit ihrer Gründung gekämpft. Diese Errungenschaften werden wir verteidigen, und – das ist unsere Alternative – wir werden sie ausbauen. (Beifall)

Statt dieser ewig gleichen phantasielosen Kürzungspolitik der Regierung brauchen wir zukunftsfähige Reformen der sozialen Sicherungssysteme. Alle gehören in die solidarische Sozialversicherung. Und wer mehr hat, darf auch stärker in die Pflicht genommen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Solidarität funktioniert doch nur, wenn nicht nur die Menschen mit kleineren Einkommen im Boot sind, sondern auch alle anderen, die Ackermanns, die Gebrüder Albrecht, Bauer, Quandt, Schickedanz, um nur einige der Namen zu nennen. Das sind unsere Alternativen zur Erneuerung der sozialen Sicherungssysteme, die den Namen Reform auch verdienen.

Die Sozialversicherungen leiden an der immens hohen Arbeitslosigkeit. Sie zu bekämpfen – das wissen wir ja alle – hat absolute Priorität. Die Sozialversicherungen leiden darunter, dass immer weniger von denen, die arbeiten, überhaupt noch sozialversichert sind. Die Arbeitgeber sparen die Versicherungsbeiträge und ersetzen vernünftig abgesicherte Beschäftigungsverhältnisse durch prekäre Beschäftigung, durch Minijobs, Praktikum, Scheinselbstständigkeit und andere Formen. Und die Politik lädt sie dazu ein – auf unser aller Kosten. Aber diese Zeche wollen wir nicht auch noch bezahlen.

Die veränderten Erwerbsbiographien müssen in den Schutz der sozialen Sicherung einbezogen werden. Dazu haben die Arbeitgeber ihren Beitrag zu leisten. Sie nennen sich doch sonst so gern Sozialpartner.

Wir brauchen einen tragfähigen Schutz vor Armut. Das heißt Mindestlöhne, die verhindern, dass die Menschen arm werden. Das heißt aber auch einen vernünftigen Schutz, eine vernünftige Absicherung bei Arbeitslosigkeit. Die Hartz-Gesetze gehen in die falsche Richtung, und die Politik muss hier umsteuern. Aus alten Rechenfehlern des Ministeriums dürfen keine neuen Missbrauchsdebatten und Verschlimmbesserungen von Gesetzen konstruiert werden. Das ist die völlig falsche Richtung. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bundesagentur für Arbeit hat einen sozialpolitischen Auftrag; sie darf sich nicht nur an Effizienz- und Finanzgesichtspunkten orientieren. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Notsituation von Arbeitslosen missbraucht wird, um sie zu Niedriglöhnen und unter Tarif an die Arbeit zu zwingen, aus Solidarität mit den Betroffenen – das ist völlig klar –, aber auch, weil bei jeder Tarifrunde die irre hohe Arbeitslosigkeit mit am Tisch sitzt und unsere Verhandlungsposition schwächt.

Die Solidarität von Beschäftigten und Arbeitslosen ist elementar für die Gewerkschaftsbewegung und für den Kampf für soziale Gerechtigkeit. Wer Mitte der Achtziger Jahre angefangen hat, in einem der großen Betriebe zu arbeiten, der konnte glauben, er habe eine Lebensstellung wie vielleicht Vater oder Großvater. Und heute sieht es völlig anders aus. In den meisten Branchen sind Lebensstellungen ausgestorben und die Betriebe so umorganisiert, dass der Betriebsrat an die Fremdbeschäftigten kaum herankommt, um die gemeinsamen Interessen zu vertreten.

Wir müssen auf die Kolleginnen und Kollegen in den neu entstandenen Formen ungesicherter Beschäftigung zugehen; wir müssen sie bei uns in der Gewerkschaft organisieren – gleich, ob sie selbstständig sind, in Minijobs arbeiten, Leiharbeit verrichten oder als Wanderarbeiter auch nur begrenzte Zeit hier sind. Es gibt gute Initiativen der Einzelgewerkschaften, die wir bündeln müssen. Aber trotzdem ist es noch ein weiter und schwieriger Weg, den wir aber – dessen bin ich sicher – gemeinsam meistern können.

Handlungsfreiheit, liebe Kolleginnen und Kollegen, heißt für mich, dass Frauen und Männer auch im Betrieb ihre Interessen formulieren können. Der aufrechte Gang endet nicht am Werkstor. Das gilt übrigens für alle, unabhängig von Hautfarbe und Herkunft. Für Rassismus und Rechtsextremismus darf in dieser Gesellschaft kein Platz sein. (Beifall) Eine selbstbewusste Demokratie braucht selbstbewusste Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, und sie braucht starke Gewerkschaften.

Nicht Geiz ist geil; Demokratie ist geil. (Beifall) Lidl, Saturn und andere haben zwar zu einem gesellschaftlichen Klima beigetragen, in dem nur noch „billig“ zählt. Nichts gegen preiswerte Produkte für den täglichen Bedarf, aber Demokratie, Gesundheit und Sozialstaat – das ist doch keine Ramschware nach dem Motto „Alles muss raus“. Uns geht es um die Qualität der Produkte, und uns geht es um die Qualität der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten. Das ist Demokratie, und dafür engagieren wir uns. (Beifall)

Die politischen Weichenstellungen der letzten Jahre haben der privaten Versicherungswirtschaft große neue Märkte erschlossen: private Zusatzversicherungen bei der Altersvorsorge, bei der Gesundheit. Und von Europa aus wird der Druck auf die Öffnung der Märkte auch bei der öffentlichen Daseinsvorsorge, bei Bildung, Kultur und Gesundheit immer stärker. Aber es gibt Bereiche, die die Orientierung am Gewinn nicht vertragen, zum Beispiel all diejenigen, wo der Zugang für qualitativ gute Leistung nicht vom Geldbeutel abhängen darf.

Das gilt auch und gerade für den Zugang zur Bildung, unabhängig vom sozialen Status, vom Einkommen und vom Geschlecht. Gleichberechtigung war in meiner Familie immer schon wichtig, besonders die gute Ausbildung von Mädchen. Meine Großmutter hat ihre Lehre im Konsum 1909 begonnen. Meine Mutter hat auch im Konsum ihre Lehre abgeschlossen. Und ich gehöre zur dritten Generation von Frauen mit gutem Zugang zur Bildung, mit guten Bildungschancen. Gute Bildungschancen für alle Frauen und Mädchen zu eröffnen und zu verbessern, dafür stehe ich. (Beifall)

Bei meiner Arbeit im Vorstand der Berufsgenossenschaft Bau erfahre ich immer wieder, unter welchen Bedingungen und Risiken die Kolleginnen und Kollegen

arbeiten müssen. Auf den Baustellen in Deutschland gibt es jedes Jahr mehr als 150 Unfalltote. Jeder hat nur ein Leben und eine Gesundheit. Und wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter kämpfen gemeinsam dafür, dass niemand bei der Arbeit seine Gesundheit aufs Spiel setzen muss. Es gibt Dinge, die wichtiger sind als Gewinnsteigerungen. (Beifall)

Mit unseren Protesten gegen die Bolkestein-Richtlinie ist es uns zum ersten Mal gelungen, mit vielen Bündnispartnern gemeinsam uns öffentlich mit Nachdruck bemerkbar zu machen, bevor die Entscheidungen auf der europäischen Ebene festgezurrt waren. Das ist der Weg der Zukunft. Auch wenn wir mit der neuen Vorlage der EU-Kommission keineswegs zufrieden sein können: Hier müssen und werden wir dranbleiben.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, weder die europäische Politik noch die Globalisierung besteht aus lauter Sachzwängen. Es gibt Alternativen. Wenn es möglich ist, Liberalisierung für die Wirtschaft zu beschließen, muss es doch auch möglich sein, internationale Sozialstandards durchzusetzen. (Beifall) Arbeitsplatzvernichtung und Produktionsverlagerung auch noch zu subventionieren, wie es hier bei uns geschieht, ist kein Sachzwang, das ist ein Skandal. (Beifall) Wir werden dem politischen Willen bei der Gestaltung der Globalisierung auf die Sprünge helfen. Wir helfen doch gern, wenn wir gebraucht werden. (Beifall)

Ich wünsche mir, dass wir als Deutscher Gewerkschaftsbund angesichts des dramatischen Abbaus der sozialen Sicherungen eine grundsätzliche Debatte anstoßen, eine Grundsatzdebatte über den Wert des Sozialen in der Gesellschaft. Die Arbeitgeberseite tummelt sich ja schon lange auf dem Feld, zum Beispiel über die Initiative Soziale Marktwirtschaft. Aber ich muss eher sagen: die so genannte Initiative Soziale Marktwirtschaft, weil das mit „sozial“ ja nicht viel zu tun hat. Hier wird das Soziale schlechtgeredet. Aber der Sozialstaat ist keine riesige Geldverbrennungsmaschine; der Sozialstaat ist ein unverzichtbares Element der gesellschaftlichen Integration. (Beifall)

Gerade unter den Bedingungen einer Großen Koalition müssen wir uns als Gewerkschaften eigenständig Gehör verschaffen, Projekte entwickeln und Bündnispartner gewinnen – bei den neuen sozialen Bewegungen, bei den Kirchen, bei den Sozialverbänden, bei den Wohlfahrtsverbänden, in der Wissenschaft und in den Parteien. Allerdings: Wir werden uns von keiner Partei vorschreiben lassen, was wir zu tun und was wir zu denken haben. (Beifall)

Meine Alternative ist es, das gesellschaftliche Klima in unserem Sinn von mehr Solidarität zu verändern. Ich glaube, die Chancen dafür stehen inzwischen besser als noch in den letzten Jahren, weil der Lack von vielen der ach so schnittigen neoliberalen Lehrsätze inzwischen ab ist oder zumindest erhebliche Kratzer bekommen hat.

Seit zwanzig Jahren wird uns ja versprochen, Lohneinbußen und Entlastungen der Arbeitgeber würden neue Arbeitsplätze bringen, und seit zwanzig Jahren warten wir vergeblich auf diese neuen Arbeitsplätze. Die neoliberale Ideologie ist in der Realität angekommen und beim Praxistest mit Pauken und Trompeten durchgefallen. Darin liegt eine Chance, die wir nutzen müssen. (Beifall)

Wir brauchen starke Gewerkschaften, damit das Soziale in der Gesellschaft nicht unter die Räder kommt, damit Demokratie auch im Betrieb nicht zur Mutprobe wird. In dieser reichen Gesellschaft sollen alle vor Armut geschützt sein. Aber wir wollen mehr. Wir wollen eine gerechte Verteilung des erwirtschafteten Reichtums und eine gerechte Verteilung der Lasten. Dafür kämpfen wir, und dazu will ich gern meinen Beitrag leisten. – Danke schön. (Beifall)

**Anne Jenter, Vorsitzende des Kongresses**

Vielen Dank, Annelie Buntenbach. – Ich bitte nun den Kollegen Claus Matecki ans Mikrofon und um seine Vorstellung.

**Claus Matecki**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der DGB-Bundesvorstand hat mich als Kandidaten für den Geschäftsführenden Bundesvorstand nominiert. Für dieses Vertrauen möchte ich mich bedanken. Heute stelle ich mich Eurer Wahl. Ihr entscheidet.

Vielleicht habt Ihr in den letzten Wochen vor und nach der Nominierung bereits das eine oder andere über mich gelesen oder auch gehört. Einiges stimmt, anderes hat mich ein wenig geärgert, manches aber auch amüsiert. Im „Focus“ wurde ich zum Beispiel mit einer Figur aus einem Edgar-Wallace-Film verglichen, einem mysteriösen schwarzen Abt, der nachts in langer Kutte auf der Suche nach einem geheimnisumwitterten Goldschatz durch ein Schloss geistert. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sicher bin ich oft abends länger im Büro; der eine oder andere meiner Kollegen weiß das. Ich trage auch manchmal schwarz. Aber ich kann Euch beruhigen: Ich hatte bisher Besseres zu tun, als in langer schwarzer Kutte über die Flure der IG-Metall-Vorstandsverwaltung zu schleichen, und ich versichere Euch, dass ich das auch in der DGB-Zentrale nicht vorhabe. Sollte ich dort dennoch, vielleicht zufällig und wider Erwarten, einen Goldschatz finden, werde ich ihn natürlich ordnungsgemäß an Michael Sommer übergeben. (Vereinzelt Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! So ist das mit der Presse; sie braucht ihre Bilder, und man kann sich manchmal nur schwer gegen ihr Schubladendenken wehren. Darum will ich mich Euch vorstellen, damit Ihr Euch ein Bild aus erster Hand machen könnt. Und ich will einige Bemerkungen dazu machen, welchen Beitrag ich zur Arbeit und Weiterentwicklung des DGB leisten kann und leisten will und warum ich heute hier kandidiere.

Ich bin Jahrgang 1949 und im Ruhrgebiet aufgewachsen. Schon früh wurde ich im Elternhaus mit den Ideen, aber auch mit den Problemen der Gewerkschaftsbewegung konfrontiert. Ich kann mich gut daran erinnern, wie mein Vater, der Personalratsvorsitzender und Bezirkspersonalrat im Bereich der damaligen GdED war, mich in den Fünfziger- und Sechzigerjahren zu Mai-Demonstrationen und Kundgebungen mitnahm. Das war damals in meiner Familie genauso gang und gäbe wie eine antimilitaristische Erziehung. Für beides bin ich meinen Eltern dankbar. Dafür, dass sie mir früh klar gemacht haben: Ohne solidarische Interessenvertretung geht es nicht. Und dafür, dass sie mir klar gemacht haben, welches Leid Krieg und Gewalt der Menschheit gebracht haben. Beides hat mich geprägt. So war es für mich selbstverständlich, zu Beginn meiner Lehre zum technischen Zeichner Mitglied der IG Metall zu werden. Ebenso selbstverständlich war das Engagement in der und für die IG Metall als Vorsitzender des Vertrauenskörpers und in den örtlichen Gliederungen.

Und es war für mich selbstverständlich, den Wehrdienst zu verweigern. Es gab daran nie einen Zweifel. Wo Krieg geführt wird, hat die Politik versagt. Krieg ist kein Mittel der Politik und darf es auch nie werden. Deshalb habe ich später Antikriegsbündnisse, Ostermärsche und andere Aktionen gegen Militäreinsätze und Kriege unterstützt und auch mit initiiert.

Kolleginnen und Kollegen! Nach meiner Lehre habe ich mich dafür entschieden, noch einmal die Schulbank zu drücken. Ich habe mich über den Zweiten Bildungsweg weiter qualifiziert, um dann zunächst Sozialpädagogik zu studieren und abzuschließen. Nach Abschluss dieses Studiums wechselte ich als Jahrespraktikant in die Bildungsstätte der IG Metall nach Sprockhövel. Unterstützt durch ein Stipendi-

um der Hans-Böckler-Stiftung schloss ich ein weiteres Studium mit den Schwerpunkten Soziologie, Politik und Erziehungswissenschaften an, das ich 1983 abschloss.

Während des Studiums habe ich mich weiter ehrenamtlich gewerkschaftlich betätigt – in der Jugend- und Bildungsarbeit der IG Metall und in der Stipendiatengruppe der Hans-Böckler-Stiftung, in der ich vier Semester den Vorsitz innehatte.

1983 wurde ich Gewerkschaftssekretär, zunächst als Bildungsarbeiter. Von 1983 bis 1995 war ich in der Bildungsstätte Heinrich Hansen der IG Druck und Papier beschäftigt, von 1985 bis 1990 im IG-Metall-Bildungszentrum in Sprockhövel. Bildungsarbeit war und ist für mich Kernaufgabe gewerkschaftlicher Arbeit. Sie stellt eine wichtige Stütze in unseren gesellschaftlichen und betrieblichen Auseinandersetzungen dar. Davon bin ich zutiefst überzeugt. Ich bin davon überzeugt: Die Arbeiterbewegung braucht Wissen, um erfolgreich handeln zu können. Nur wer seine Lage erkennt, wer die Macht- und Herrschaftsverhältnisse analysiert, kann Strategien zur Veränderung entwickeln. Das war immer so, und das wird auch so bleiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Vereinigung im Jahr 1990 brachte auch Veränderungen in mein Leben. Ich habe mich mit ganzer Kraft für den sozialen und ökonomischen sowie für den politischen und gewerkschaftlichen Angleichungsprozess in den fünf neuen Bundesländern eingesetzt, zunächst ab Mitte 1990 in unserer Bezirksleitung in Niedersachsen. Es ging um den Aufbau gewerkschaftlicher Strukturen in Sachsen-Anhalt. 1991 wurde ich als Erster Bevollmächtigter und Kassierer der IG-Metall-Verwaltungsstelle Magdeburg gewählt. In dieser Funktion wurde ich bis zum Jahr 2002 mehrmals wiedergewählt. Während meiner Magdeburger Tätigkeit war ich zudem über zehn Jahre Mitglied des Kreisvorstandes und später auch im Regionalvorstand.

Die Jahre 1990 bis 2002 waren eine ruhelose, für mich persönlich aber auch eine sehr prägende Zeit. Zu Beginn waren die Herausforderungen besonders groß. Wir betraten in den neuen Ländern Neuland. Wir wussten nicht, ob die Kolleginnen und Kollegen in die IG Metall eintreten und ob sie für die IG Metall zu begeistern seien. Wir haben die neuen Verhältnisse kennen lernen müssen, und wir haben voneinander gelernt. Das kann ich für mich behaupten.

Wir hatten es mit einer Kohl-Regierung zu tun, die „blühende Landschaften“ versprach und eine Deindustrialisierung in Kahlschlagpolitik praktizierte. Ich habe eine Treuhand erlebt, die einen falschen Weg beschritten hat. SKET mit Sitz in Magdeburg als Beispiel, das größte Maschinenbaukombinat in der ehemaligen DDR mit über 30.000 Beschäftigten, wurde zerschlagen und platt gemacht – trotz guter Ausstattung und konkurrenzfähiger Produkte, die auch auf dem Weltmarkt Absatz fanden. Wir haben den Widerstand organisiert und uns gewehrt.

Die Menschen hatten große Erwartungen an die Gewerkschaften, Erwartungen, die sicherlich allein durch die Gewerkschaften nicht immer zu bewältigen gewesen sind. Es ging um die Rettung von Betrieben und Arbeitsplätzen und um die Zukunft ganzer Regionen. Manchmal ging es auch nur darum, den Menschen, die von einem auf den anderen Tag alles verloren hatten, Trost zu spenden. Ihnen zu helfen, für sich selbst wieder eine Zukunftsperspektive zu erkennen, war ein Stück meiner Aufgabe, trotz aller Schwierigkeiten. Ich bin sicher, dass wir als Gewerkschaften einen großen Beitrag dazu geleistet haben, dass der Weg in die neue Republik für die Menschen nicht zu einer Sackgasse geworden ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sicher wurde in den neuen Bundesländern einiges erreicht. Vielen Menschen geht es materiell besser als vor 1990. Dennoch gilt: Es bleibt viel zu tun, bis der Auftrag des Grundgesetzes erfüllt ist. Das Grundgesetz fordert eine Politik für gleiche Arbeits- und Lebensverhältnisse in ganz

Deutschland. Dafür stehen wir, andere nicht. Der Vorstoß der Neoliberalen, Ostdeutschland zum Beispiel zur Sonderwirtschaftszone zu erklären, ist völlig untauglich. Dieser Vorschlag reagiert weder auf die tatsächlichen Probleme noch bietet er Lösungen für die anstehenden Herausforderungen. Das Gegenteil ist der Fall. Er vertieft die Gräben zwischen Ost und West. Wir wissen: Eine Sonderwirtschaftszone Ost wäre nichts anderes als ein Versuchslabor für Westdeutschland.

Wir wollen, dass Ostdeutschland 16 Jahre nach dem Mauerfall endlich eine Perspektive hat. Der Aufbau Ost ist aber keineswegs nur ein Thema für Ostdeutschland. Der Aufbau in den neuen Ländern liegt im Interesse des gesamten Landes. Dabei müssen Industrie- und Kulturpolitik im Zentrum stehen.

Viele Fragen, die sich in den neuen Ländern stellen, gelten gleichermaßen für Niedersachsen, das Ruhrgebiet oder auch Nordbayern. Bleibt zum Beispiel die Förderung strukturschwacher Gebiete weiterhin gemeinsame Aufgabe oder setzt sich auch in der Regionalpolitik das Recht des Stärkeren durch, der so genannte Wettbewerbsföderalismus? Wir wollen keinen Wettbewerbsföderalismus. Wir wollen, dass auch in dieser Frage Solidarität ein Maßstab politischen Handelns ist. Dazu möchte ich mit meinen Erfahrungen und unseren gewerkschaftlichen Vorstellungen beitragen.

Kolleginnen und Kollegen! Ein weiteres Feld, das mir sehr am Herzen liegt, ist die Tarifpolitik und die Sicherung der Tarifautonomie. Diejenigen, die Tarifverträge am liebsten verbrennen wollten, wurden zwar mit der Bundestagswahl erst einmal in die Schranken verwiesen, und auch der Koalitionsvertrag sieht keine Eingriffe in die Tarifautonomie vor. Dennoch besteht kein Grund zur Entwarnung. Das Flächentarifvertragssystem und die Tarifautonomie sind nicht für alle Zeiten gesichert. Die Gefahr staatlicher Eingriffe in die Tarifautonomie ist keineswegs gebannt.

Ich bin sicher, die neoliberalen Hardliner geben ihr Projekt nicht auf. Im Gegenteil, sie werden weiter mit Nachdruck ihre Vorstellungen für eine umfassende Öffnung der Tarifverträge zu Gunsten der Betriebsparteien verfolgen. Deshalb gilt: Wir müssen wachsam sein, und wir müssen weiter verstärkt daran arbeiten, die gesellschaftliche Akzeptanz für unser Tarifsysteem zu verbessern. Ich will mit für einen gesellschaftlichen Mainstream kämpfen. Für einen Mainstream, der den ökonomischen, sozialen und politischen Wert von verbindlichen Tarifverträgen verteidigt gegen die neoliberale Logik vom freien Arbeitsvertrag.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! 2002 wechselte ich als Organisationsleiter in die Vorstandsverwaltung der IG Metall. Das brachte nicht nur ein neues Aufgabenfeld, sondern führte auch dazu, dass ich meinen Sitz im Vorstand der IG Metall aufgeben musste, in den ich 1997 gewählt worden war.

Zu meinen Hauptaufgaben als Organisationsleiter gehörten nun die Organisationspolitik und die Organisationsentwicklung. Dies war zunächst auf die IG Metall selbst bezogen, aber auch auf das Verhältnis der DGB-Gewerkschaften zueinander. Welche Strukturen und Arbeitsformen brauchen wir? Wie schaffen wir mehr Kooperation untereinander? Wie schaffen wir es, bei knapper werdenden Ressourcen den Einfluss der Gewerkschaften zu sichern und auszubauen? Diese und andere Fragen beschäftigten mich in der IG Metall, aber auch im Organisationsausschuss des DGB.

Diese und andere Fragen werden mich auch in den kommenden Jahren im Rahmen des Projekts „Trendwende“ beschäftigen, solltet Ihr mich heute wählen. Ich jedenfalls will alle, die mit dem Projekt „Trendwende“ beschäftigt sind, mit meinen Erfahrungen voll unterstützen. Wir brauchen den Erfolg dieses Projektes. Ich freue mich auf die Mitarbeit.

Kolleginnen und Kollegen! Nach der Wahl von Jürgen Peters zum Ersten Vorsitzenden der IG Metall wurde ich zuständig für die Koordination der Vorstandsauf-

gaben und das Büro des Ersten Vorsitzenden. In dieser Funktion vertrete ich bis heute die IG Metall als Vorstandssekretär im DGB. Seit 2005 hat sich mein Aufgabengebiet erweitert als Leiter des Bereiches Kommunikation und Medien. Ich bin somit zuständig für unsere Printmedien „metall“ und „direkt“ sowie die Online-Medien Internet, Intranet und Extranet.

Um abschließend meine Biografie abzurunden, lasse ich nicht unerwähnt, dass ich im letzten Jahr für 25-jährige Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei geehrt worden bin.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist gut, miteinander zu streiten für die gleichen Sachen, für Mehrheiten und um Mehrheiten zu erringen. Dies ist mein Verständnis. Dafür stehe ich. Aber wenn Mehrheiten gefunden sind, müssen diese auch akzeptiert und vertreten werden. Ich bin froh, dass der DGB-Bundesvorstand mir sein Vertrauen ausgesprochen hat, dass er mir die Chance bietet, meine Erfahrung an neuer Position einbringen zu können.

Ich bin mir der Verantwortung durchaus bewusst und bitte um Euer Vertrauen. – Vielen Dank. (Beifall)

### **Anne Jenter, Vorsitzende des Kongresses**

Vielen Dank, Klaus, für Deine Vorstellung.

Wir treten nun in die Personaldiskussion ein, wenn diese gewünscht wird. Ich bitte um Wortmeldungen. – Das ist nicht der Fall. Dann treten wir in die Wahlhandlung ein. Es wird nun der Stimmzettel für den Wahlgang für die drei weiteren Mitglieder des GBV ausgeteilt, und zwar gegen die Wahlmarke Nummer 3. Wie immer bitte die Stimmkarte vorzeigen.

Ich bitte das Team der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission in den Saal zu kommen und die Stimmzettel auszugeben.

Ich weise noch einmal darauf hin, dass Enthaltungen generell als nicht abgegebene Stimmen gelten.

Ihr habt jetzt auf diesem Stimmzettel drei Möglichkeiten: Ihr könnt entweder nur einen Namen ankreuzen oder zwei oder alle drei. Diese drei Möglichkeiten gibt es, damit der Stimmzettel tatsächlich auch gültig ist.

Noch einmal zur Klarstellung, weil es offensichtlich dazu Fragen gibt. Der Stimmzettel ist dann gültig, wenn Ihr die Namen ankreuzt. Es ist möglich, dass Ihr auch nur einen Namen oder nur zwei Namen ankreuzt. Ihr könnt dadurch, dass Ihr einen Namen nicht ankreuzt, indirekt mit Nein stimmen. Dann ist der Stimmzettel trotzdem gültig. Gar nichts anzukreuzen wirkt wie eine Enthaltung, und die gilt, wie gesagt, als nicht abgegebene Stimme.

Ich frage jetzt: Haben alle ihren Stimmzettel erhalten? – Das scheint der Fall zu sein. Dann können wir zum Einsammeln übergehen. Ich bitte das Team der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission, mit den Wahlurnen hereinzukommen und die Stimmzettel einzusammeln.

Wenn ich das richtig einschätze, konnten alle Delegierten ihre Stimmzettel abgeben. Sollte das nicht der Fall sein, meldet Euch. – Damit kann ich den Wahlgang abschließen.

Wir unterbrechen den Kongress wieder für 15 Minuten.

(Unterbrechung des Kongresses: 12.37 Uhr)

(Fortsetzung des Kongresses: 12.52 Uhr)



**Anne Jenter, Vorsitzende des Kongresses**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir können das Wahlergebnis bekannt geben. Bitte kommt herein und nehmt Platz. Ich bitte den Sprecher der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission, den Kollegen Roland Kern, ans Rednerpult.

**Roland Kern, Sprecher der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission**

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Wahl von drei weiteren Mitgliedern hat Folgendes ergeben: Die erforderliche Mehrheit beträgt 197 Stimmen. Es wurden 384 Stimmen eingesammelt. Davon waren 10 ungültig.

Auf die Kollegin Annelie Buntenbach entfielen 309 Stimmen. (Lebhafter Beifall)  
Das sind 78,8 Prozent.

Auf den Kollegen Dietmar Hexel entfielen 273 Stimmen. Das sind 69,6 Prozent. (Beifall)

Auf den Kollegen Claus Matecki entfielen 173 Stimmen. Das sind 44,1 Prozent.

Damit ist die Kollegin Annelie Buntenbach gewählt, und der Kollege Dietmar Hexel ist gewählt. – Danke. (Beifall)

**Anne Jenter, Vorsitzende des Kongresses**

Ich frage die beiden, ob sie die Wahl annehmen. Ich bitte Annelie Buntenbach dazu ans Mikrofon.

**Annelie Buntenbach**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich nehme die Wahl an und danke Euch ganz herzlich für das große Vertrauen. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit. – Danke schön. (Beifall)

**Anne Jenter, Vorsitzende des Kongresses**

Ich bitte nun Dietmar Hexel ans Mikrofon und frage ihn, ob er die Wahl annimmt.

**Dietmar Hexel**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herzlichen Dank für das Ergebnis. Ich nehme die Wahl an und verspreche Euch, dass ich daran weiter arbeiten werde, dass wir gemeinsam noch stärker werden. - Vielen Dank. (Beifall)

**Anne Jenter, Vorsitzende des Kongresses**

Wir brauchen jetzt einen zweiten Wahlgang für das noch fehlende weitere Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand. Wir werden diesen Wahlvorgang während der Mittagspause vorbereiten. Bevor wir in diese eintreten, gibt es noch eine Ansage zum weiteren Verlauf des Kongresses. Dazu übergebe ich das Wort an den Kollegen Jürgen Röder.

**Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor wir nach all den Aufregungen des Vormittags in die wohlverdiente Mittagspause gehen können, möchten wir Euch eine Änderung im Ablauf des Kongresses vorschlagen. Das hat im Wesentlichen Mediengründe.

Es wäre ja normal gewesen, heute Nachmittag nach dem Ende der Wahl den Tagesordnungspunkt 5, Grundsatzreferat des Vorsitzenden mit Aussprache, durchzuführen. Wir befürchten allerdings – wir haben uns da mal kurzgeschlossen, und Michael sieht das genauso –, dass die Botschaften, die nach draußen in die Öffentlichkeit, in die Mitgliedschaft der Einzelgewerkschaften dringen sollen, überlagert werden durch die Kontroverse, die wir personell heute Vormittag hatten. Das heißt: Morgen werden die Zeitungen voll sein mit Berichterstattungen über Perso-

nen und unterschiedliche Einschätzungen. Wir möchten aber mithelfen, dass die inhaltlichen Botschaften dieses Kongresses nach außen dringen können. Hinzu kommt, dass Donnerstag Feiertag ist und dann nur wenige Zeitungen erscheinen. Deshalb möchten wir Euch vorschlagen, nach den Wahlen in die Antragsberatung einzutreten und den Tagesordnungspunkt 5, Referat des Vorsitzenden mit Aussprache, am Donnerstagmorgen zu machen. Wir glauben nicht, dass das für die Antragsberatung schädlich ist. Wir haben ja im ersten Schub Satzungsfragen, und der Kongress ist so souverän, dass wir das auch dann, wenn es Kontroversen über einzelne Punkte im Referat und zu den Anträgen gäbe, gut abhandeln können. Ich hoffe, das findet Euer Einverständnis. (Beifall) Ich möchte bitten, kurz die Stimmkarte zu zeigen. Wer ist dafür? – Die Gegenprobe! – Gibt es Enthaltungen zu dem Thema? – Bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung so beschlossen. Herzlichen Dank.

Wir werden jetzt in die Mittagspause eintreten. Ich bitte alle, pünktlich um 15 Uhr wieder hier zu sein, weil wir dann die Wahl fortsetzen. In der Mittagspause werden jetzt die Wahlzettel gedruckt. – Guten Appetit!

(Unterbrechung des Kongresses: 13.07 Uhr)

(Fortsetzung des Kongresses: 15.06 Uhr)

#### **Anne Jenter, Vorsitzende des Kongresses**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte Euch, die Plätze wieder einzunehmen, damit wir zügig mit dem Kongress fortfahren können.

Zunächst wird Michael Sommer ans Mikrofon gehen. – Ich erteile Dir hiermit das Wort, Michael.

#### **Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Aufgrund des Wahlergebnisses im dritten Wahlgang heute Morgen sind wir nun doch in einer schwierigen Situation. Ich möchte persönlich – ich sage bewusst „persönlich“ – und im Namen der Vorsitzenden der Mitgliedsgewerkschaften Claus Matecki bitten, für einen zweiten Wahlgang zu kandidieren. Euch möchte ich bitten, Claus mit dem notwendigen Vertrauensvotum auszustatten. – Herzlichen Dank. (Beifall)

#### **Anne Jenter, Vorsitzende des Kongresses**

Ich frage Claus Matecki, ob er zum zweiten Mal als weiteres Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand kandidieren möchte. (Claus Matecki: Ja!) – Danke.

Dann möchte ich Euch darüber aufklären, was nun bei diesem Wahlvorgang ablaufen wird: Wir brauchen diesen zweiten Wahlgang für diese Funktion, weil Claus Matecki das Quorum im ersten Wahlgang nicht erreicht hat. In diesem Wahlgang ist nur die Mehrheit der abgegebenen Stimmen notwendig. Enthaltungen zählen als nicht abgegebene Stimmen. Ich bilde ein Beispiel: Wenn nur 300 Delegierte abstimmen, reichen 151 Stimmen, um gewählt zu sein. Als nicht abgegebene Stimmen gelten alle Formen der Enthaltung. Ich hoffe, das damit klar zum Ausdruck gebracht zu haben.

Ich eröffne nun den Wahlgang für ein weiteres Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB und bitte die Teams der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission, die Stimmzettel gegen die Wahlmarke Nummer 4 auszuteilen. – Danke.

Die Stimmzettel werden jetzt ausgegeben, und zwar gegen die Wahlmarke Nummer 4. Ich bitte, auch die Stimmkarte bereitzuhalten. – Ich soll Euch darauf hinweisen, dass das Kleingedruckte auf Eurem Stimmzettel ein Druckfehler ist. (Zurufe) Aber Ihr habt es offensichtlich schon selbst bemerkt; das sehe ich an Eurer Reaktion. Langsam bekommt man ja Routine. (Erneute Zurufe) Das liegt nicht an mir.

Ich bitte die Teams, zur Antragsberatungskommission zu schauen. Ich glaube, dort fehlt ein Stimmzettel – oder?

Sind die Stimmzettel jetzt überall angekommen? – Wer hat noch keinen Stimmzettel? Bitte melden! – Es sind offensichtlich alle zufrieden. (Widerspruch) Wer braucht noch einen Stimmzettel? Es geht nur um Stimmzettel: haben oder nicht haben.

Dann darf ich die Teams der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission auffordern, schnell mit den Wahlurnen zurückzukommen. – Jetzt geht es an das Einsammeln der hoffentlich ausgefüllten Stimmzettel. (Einsammeln der Stimmzettel)

Ich habe den Eindruck, alle konnten jetzt ihre Stimmzettel abgeben. Wenn das nicht der Fall sein sollte, bitte melden! – Gut, dann schließe ich hiermit diesen Wahlvorgang, und wir unterbrechen wieder für kurze Zeit für das Auszählen der Stimmen den Kongress. Ich denke, zehn Minuten – maximal 15 Minuten – wird es dauern.

(Unterbrechung des Kongresses: 15.22 Uhr)

(Fortsetzung des Kongresses: 15.39 Uhr)

#### **Anne Jenter, Vorsitzende des Kongresses**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir können das Wahlergebnis bekannt geben. Ich bitte Euch an Eure Plätze. – Außerdem bitte ich den Sprecher der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission ans Mikrofon. Wir sind gespannt.

#### **Roland Kern, Sprecher der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission**

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Im zweiten Wahlgang wurde wie folgt abgestimmt: Es stimmten 348 Delegierte ab. Mit Ja stimmten 218 Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Das sind 62,6 Prozent der abgegebenen Stimmen. Mit Nein stimmten 130 Kolleginnen und Kollegen. Ungültig waren 26 Stimmen. – Danke.

#### **Anne Jenter, Vorsitzende des Kongresses**

Vielen Dank. – Ich frage nun den Kollegen Claus Matecki. Nimmst Du die Wahl an? Ich bitte Dich, dafür ans Mikrofon zu kommen.

#### **Claus Matecki**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich nehme die Wahl an. Ihr werdet verstehen, dass ich das Ergebnis gern im ersten Wahlgang gehabt hätte, aber ich bemühe mich, das Vertrauen in den nächsten vier Jahren etwas zu verbreitern, sodass es vielleicht beim nächsten Mal auch im ersten Wahlgang klappt. – Vielen Dank. (Beifall – Michael Sommer überreicht einen Blumenstrauß an Claus Matecki)

#### **Anne Jenter, Vorsitzende des Kongresses**

Vielen Dank, Claus. – Während der Gratulationscour kündige ich an, dass jetzt noch die Wahl der drei Revisoren ansteht. Danach ist für heute Schluss mit Wah-

len. Ich darf Euch darauf hinweisen, dass bereits zu Beginn unseres Kongresses der Vorschlag der Vorsitzenden für die drei Revisoren, die jetzt zu wählen sind, vorlag. Namentlich sind das Werner Bischoff, Bertin Eichler und Hans-Joachim Wilms. Ich frage nach weiteren Vorschlägen. Gibt es weitere Vorschläge für die Revisionskommission? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Wird eine Vorstellung gewünscht? – Nein. Das kann ich gut verstehen.

Dann kann ich diese Wahl eröffnen, und ich bitte das Team der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission, wieder in den Saal zu kommen. Die Kolleginnen und Kollegen werden gegen Abgabe der Wahlmarke Nummer 5 und gegen Vorlage Eurer Stimmkarte wieder die Stimmzettel ausgeben. Ich hoffe, die Teams sind jetzt ganz schnell.

Wie ich sehe, hat auch der Letzte jetzt verstanden, dass er den Stimmzettel nur an seinem Platz bekommt.

Sind alle Kolleginnen und Kollegen jetzt im Besitz eines Stimmzettels? (Zurufe: Nein!)

Das Team der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission bitte ich, sich schon mit den Wahlurnen bereitzuhalten. – Ich bitte nun die Teams, mit den Wahlurnen hereinzukommen, sodass die Stimmzettel abgegeben werden können.

Wenn ich es richtig beobachtet habe, sind jetzt alle Stimmzettel eingesammelt. Ist das tatsächlich der Fall? - Wunderbar. Dann schließe ich diesen Wahlvorgang ab.

Ich verspreche Euch, wegen Wahlen und der dazugehörigen Auszählungen wird zum letzten Mal dieser Kongress unterbrochen, wieder für ungefähr 10 bis 15 Minuten. Es geht nicht anders.

(Unterbrechung des Kongresses: 15.54 Uhr)

(Fortsetzung des Kongresses: 16.10 Uhr)

### **Anne Jenter, Vorsitzende des Kongresses**

Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte Euch, wieder in den Saal zurückzukommen und die Plätze einzunehmen. Wir können das Wahlergebnis bekannt geben. Bitte sagt draußen weiter, dass wir jetzt hier mit dem Kongress weitermachen können.

Ich möchte jetzt dem Sprecher der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission das Wort erteilen. Er kann nämlich das Wahlergebnis bekannt geben. Deshalb kommt bitte alle herein und nehmt Eure Plätze ein, damit wir heute noch zügig mit der Antragsberatung fortfahren können. Gehe bitte schon mal ans Mikrofon, damit das deutlicher wird.

Der Kollege Roland Kern hat das Wort zur Bekanntgabe der Wahlergebnisse für die Revisionskommission.

### **Roland Kern, Sprecher der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission**

Die Wahl der Revisionskommission hat folgendes Ergebnis erbracht: Notwendige Mehrheit 197 Stimmen. Insgesamt wurden 366 Stimmzettel abgegeben.

Auf den Kollegen Werner Bischoff entfielen 339 Stimmen. Das sind 86,5 Prozent. (Beifall)

Auf den Kollegen Bertin Eichler entfielen 351 Stimmen. Das sind 89,5 Prozent. (Beifall)

Auf den Kollegen Hans-Jochim Wilms entfielen 346 Stimmen. Das sind 88,3 Prozent. – Danke schön. (Beifall)

**Anne Jenter, Vorsitzende des Kongresses**

Vielen Dank, Roland. Vielen Dank auch für Deine Arbeit, die Du heute hinter Dich gebracht hast. (Beifall)

Mir bleibt jetzt noch die Aufgabe, die drei Gewählten zu fragen, ob sie die Wahl annehmen. Ich bitte sie dazu auch ans Mikrofon zu kommen.

**Werner Bischoff**

Sollen wir das gemeinsam machen? (Heiterkeit)

**Werner Bischoff, Bertin Eichler und Hans-Joachim Wilms**

Ja, wir nehmen die Wahl an. – Danke. (Beifall)

**Anne Jenter, Vorsitzende des Kongresses**

Wunderbar! Wir gratulieren vom Präsidium aus.

Ich darf mich bei Euch allen ganz herzlich dafür bedanken, dass Ihr so kontinuierlich bei der Sache geblieben seid, sodass wir die Wahlen gut über die Bühne gebracht haben. Keine Wahlmarken mehr!

Ich erteile jetzt das Wort an Michael Sommer. Danach wird das Präsidium von meinem Kollegen Dieter Scholz geleitet. Vielen Dank an Euch alle. (Beifall)

Michael.

**Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Delegierte! Ich will den Kongress darüber informieren, dass sich eben in der Pause der neue Geschäftsführende Bundesvorstand konstituiert hat. Wir haben für diese Woche beschlossen, dass Annelie Bunttenbach die Bereiche Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik bei der Antragsberatung vertreten wird und Klaus Matecki die Bereiche, die bislang Heinz Putzhammer hatte. Wir werden uns Anfang der nächsten Woche in einer dreitägigen Klausurtagung über die neue Geschäftsverteilung des Geschäftsführenden Bundesvorstands unterhalten. Ich hoffe auch, dass die drei Tage ausreichen und wir uns einigen.

Letzte Bemerkung: Ich hatte in der Mittagspause ein Gespräch mit Ursula Engelen-Kefer. In diesem Gespräch habe ich sie gebeten, dass sie das, was der alte GBV noch vor dem Kongress beschlossen hatte, nämlich dass sie in den nächsten zwei Wochen unser Mandat bei der Internationalen Arbeitsorganisation wahrnimmt, auch tut. Ursula hat das zugesagt. (Beifall)

Im Übrigen habe ich mich mit Ursula darauf verständigt, dass wir wie geplant morgen Nachmittag die Verabschiedung der ausgeschiedenen GBV-Mitglieder machen werden.

Herzlichen Dank. (Beifall)

**Dieter Scholz, Vorsitzender des Kongresses**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Euch. Wir werden jetzt den Kongress mit der Antragsberatung fortsetzen, weil Ihr vorhin im Einvernehmen die Tagesordnung verändert habt. Als Erstes stehen bei der Antragsberatung die satzungsändernden Anträge zur Debatte. Wie Ihr alle wisst, hat das besondere Bedingungen. Die Satzung ist nur mit einer Zweidrittelmehrheit zu verändern. Bevor wir jetzt in die Antragsberatung einsteigen, bitte ich den Kollegen Roland Kern noch einmal hier vorne ans Mikrofon zu kommen und uns klar zu sagen, wie viele Delegierte stimmberechtigt sind und wo die Zahl der Zweidrittelmehrheit liegt, damit es für die Phase dieser Beratung hier keine Unklarheiten gibt. Roland, Du hast das Wort.

**Roland Kern, Sprecher der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission**

Danke. Nach dem aktuellen Stand um 10 Uhr am 23. Mai 2006 beträgt die Zahl der stimmberechtigten Mandate 392. Für Satzungsänderungen sowie andere Empfehlungen und Abänderungsanträge zur Satzung wird nach Paragraf 13 Ziffer 3 der Satzung und Ziffer 9 Absatz 5 GWO eine Zweidrittelmehrheit der stimmberechtigten Delegierten benötigt. Die Zweidrittelmehrheit beträgt gegenwärtig 262 Stimmen. Im ersten Wahlgang benötigt ein Kandidat, eine Kandidatin – wie auch immer – neben der Mehrheit der abgegebenen Stimmen auch über die Hälfte der Stimmen der stimmberechtigten Delegierten. Das waren in dem ganzen Wahlverfahren 197 Stimmen. - Danke.

**Dieter Scholz, Vorsitzender des Kongresses**

Roland, ich danke Dir. Die Zweidrittelmehrheit bei diesem Kongress beträgt also 262 Stimmen. Nur wenn wir die haben, ist die Satzung verändert. Ihr habt eine Wahlordnung beschlossen, in der außerdem steht, dass diese Zahl unabhängig davon gilt, wie viele Delegierte im Raum sind. Wer also glaubt, er kann durch konzentriertes Kaffeetrinken die satzungsändernden Anträge verhindern, der irrt. 262 Stimmen gelten nach der Wahlordnung, egal wie viele Delegierte im Saal sind. Danach werden wir uns streng richten.

Ich rufe jetzt auf als Erstes die Anträge S 1, Ä 1, S 2, S 3 und gebe dazu der Antragsberatungskommission das Wort. Berthold, bitte!

**Berthold Huber, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Lieber Dieter, Du bist zu schnell. Wir geben zunächst einmal generelle Hinweise zur Antragsberatung, die uns die Arbeit erleichtern sollen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Die Kommission sollte aus elf Mitgliedern bestehen. Die Gewerkschaft ver.di hat darauf verzichtet, ihren zweiten Platz zu besetzen, sodass wir mit insgesamt zehn Kolleginnen und Kollegen die Anträge durchgearbeitet und mit Empfehlungen versehen haben. Wir haben in guter Atmosphäre zusammengearbeitet, und fast alle Empfehlungen sind einstimmig zustande gekommen.

Die Kommission hat mich zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Unsere Kollegin Marianne Demmer von der GEW und der Kollege Dietmar Schäfers von der IG BAU sind meine Stellvertreter.

Es sind zu diesem Bundeskongress insgesamt 149 Anträge eingegangen, davon 18 Satzungsanträge. – Jetzt müsste eine Folie erscheinen; jawohl. – Einige Anträge sind wortgleich von unterschiedlichen Antragstellern eingegangen. Sie wurden dann zusammengefasst, sodass wir heute und in den nächsten Tagen über 137 Anträge zu beraten und zu beschließen haben.

Antragsberechtigt beim Bundeskongress sind nach der DGB-Satzung die Vorstände der Einzelgewerkschaften, der DGB-Bundesvorstand, die DGB-Bezirksvor-

stände, der DGB-Bundesfrauenausschuss und der DGB-Bundesjugendausschuss. Aus der Folie könnt Ihr ersehen, wie sich die Anträge und Antragsteller aufteilen: 31 Anträge kommen aus den Einzelgewerkschaften, 106 Anträge kommen aus dem DGB.

Wir werden in der Antragsberatungskommission wie üblich arbeitsteilig arbeiten. Soweit nötig, werden wir zu den Antragsblöcken Einleitungen geben. Sind Anträge zur Annahme empfohlen, verzichten wir in der Regel auf ein Statement, andere Empfehlungen werden von uns begründet. Auf der Folie 2 stehen die Kolleginnen und Kollegen mit den Sachgebieten, die sie im Namen der Antragsberatungskommission vertreten.

Es liegen 17 Satzungsanträge und 120 allgemeine Anträge zu unserer Bearbeitung vor. Für eine Änderung der Satzung ist, wie von Dieter schon gesagt, eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Für alle anderen Anträge genügt die einfache Mehrheit, die ja vorher auch genannt worden ist.

An dieser Stelle will ich noch auf unsere Geschäfts- und Wahlordnung für diesen Bundeskongress hinweisen: Bei der Auszählung werden nur Ja- und Nein-Stimmen gewertet; Enthaltungen und ungültige Stimmen fallen sozusagen unter den Tisch. Auf Antrag wird über einen Antrag geheim abgestimmt. Mit Blick auf unsere Lebenszeit bitte ich allerdings im Namen der Antragsberatungskommission, davon nur sparsam Gebrauch zu machen. (Zustimmung)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir kommen aus Organisationen, aus Gewerkschaften, die unterschiedliche Regeln für die Antragsberatung und die Empfehlungen kennen. Es ist wichtig, dass verstanden wird, welche Empfehlungen hier für den Kongress gelten und auf welche Bedeutung der Empfehlung sich die Antragsberatungskommission festgelegt hat.

Für den DGB-Bundeskongress gelten folgende Antragsempfehlungen: Die erste Empfehlung lautet Nichtbefassung, die zweite Empfehlung lautet erledigt bei Annahme von Antrag XYZ, die dritte Empfehlung Ablehnung und die vierte Empfehlung Annahme in unterschiedlichen Ausprägungen. Ich will dazu ein paar erläuternde Worte sagen.

Kann über einen Antrag nicht abgestimmt werden, wird Nichtbefassung empfohlen. Dies ist dann der Fall, wenn zum Beispiel der DGB-Bundeskongress nicht zuständig ist, der Antrag zum Beispiel fehlerhaft formuliert ist oder das im Antrag angesprochene Ereignis bereits überholt ist. Der Antrag ist dann weder angenommen noch abgelehnt, wenn Ihr der Empfehlung der Antragsberatungskommission auf Nichtbefassung folgt.

Weiter: Liegen wort- oder sinngleiche Anträge vor oder ist über das Antragsbegehren eines Antrags mit Beschluss eines anderen Antrags entschieden, lautet die Empfehlung: erledigt bei Annahme von Antrag XYZ bzw. der Anträge A, B, C. Sollen Anträge durch die Annahme eines Antrags erledigt sein, werden die angesprochenen Anträge zur Beratung mit aufgerufen.

Die Empfehlung Ablehnung ist eindeutig; ich brauche sie nicht weiter zu erläutern.

Die Empfehlung Annahme hat, wie gesagt, mehrere Ausprägungen. Annahme bedeutet, dass der Antrag an einen Adressaten gerichtet ist, der verpflichtet ist, die vom Kongress beschlossenen Meinungen und Maßnahmen umzusetzen.

Annahme in geänderter Fassung wird empfohlen, wenn aus sachlichen Gründen eine Änderung oder Ergänzung des eingereichten Textes durch die Antragsberatungskommission notwendig war oder ein Abänderungsantrag eingereicht wurde.

Die Empfehlung Annahme als Material zum Antrag wird gewählt, wenn der Antrag überwiegend oder im weitesten Sinn mit dem Antragsinhalt übereinstimmt, dem er zugeordnet wird. Es bedeutet, dass nicht alle Details des Antrags geteilt werden.

Der im zugeordneten Antrag genannte Adressat ist verpflichtet, die im Material genannten Aussagen zu berücksichtigen, soweit sie dem Antragsbegehren in dem zugeordneten Antrag nicht widersprechen.

Annahme als Material an zum Beispiel den Bundesvorstand ist ein Überweisungsbeschluss. Er bedeutet, dass für das Antragsbegehren eine Lösung gefunden werden muss; der Kongress kann die Details oder Folgen jedoch nicht eindeutig übersehen oder entscheiden. Zum Beispiel ist das bei Finanzfragen der Fall, die in der Hoheit des DGB-Bundesvorstandes oder des DGB-Bundesausschusses liegen. Oder – auch das ist eine Möglichkeit – es müssen die Details erst noch genauer geprüft werden. Der Antrag wird also dann an den in ihm genannten Adressaten – in der Regel ist das der DGB-Bundesvorstand – überwiesen.

So weit meine generelle Einführung zur Frage Antragsbearbeitung.

Ich will jetzt zu dem übergehen, was Dieter schon angesprochen hat, zu den Satzungsanträgen, und einen Überblick geben. Ich möchte Euch eine einführende Information geben, bevor wir dann in die Beratung der einzelnen Anträge gehen.

Satzungsanträge, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind stets sensibel. Die Satzung ist ein hohes Gut und sollte behutsam verändert werden, und zwar dann, wenn es unbedingt erforderlich ist. Die meisten vom DGB-Bundesvorstand eingereichten Satzungsanträge wurden in den Einzelgewerkschaften diskutiert; die Einzelgewerkschaften haben sich in den letzten Monaten intensiv damit befasst. Alle zur Annahme vorgeschlagenen Anträge, Satzungsanträge also, folgen dem Grundsatz: Sie sollen die politische Entwicklung vorantreiben helfen und dem DGB helfen, seine Aufgaben, seine Mandate, seine politischen Aufgaben noch besser wahrzunehmen.

Ich möchte daran erinnern, dass der DGB im Gegensatz zu den Einzelgewerkschaften keine Mitgliederorganisation im eigentlichen Sinne ist. Der DGB hat acht Mitglieder, und das sind die Einzelgewerkschaften. Deshalb ist die Satzung bis dato so konstruiert, dass die Willensbildung eher horizontal erfolgt – und das auf Regional-, auf Bezirks- und auf Bundesebene. Dieses bewährte Organisationsprinzip wird durch die vorliegenden Satzungsänderungen nicht berührt.

Es ist bekannt, dass der DGB, liebe Kolleginnen und Kollegen, in den letzten Jahren immer weniger Finanzmittel von den Gewerkschaften erhält.

Entsprechend sind die Strukturen des DGB in den letzten Jahren bereits angepasst worden. Es ist auch kein Geheimnis, dass zum Beispiel auch über die Abschaffung von Wahlfunktionen oder die Auflösung der Regionen diskutiert worden ist.

Der Bundesvorstand hat sich nachdrücklich gegen solche Lösungen entschieden. Deshalb gehen die vorgeschlagenen Satzungsänderungen einen anderen Weg. Sie vertrauen darauf, dass die Trendwende in den nächsten Jahren gelingen wird. Durch die beantragte Veränderung der Konferenzreihenfolge gewinnen wir wichtige Zeit. Im Deutschen Gewerkschaftsbund können die verabredeten Pilotmaßnahmen in den nächsten zwei Jahren ausprobiert und im Jahre 2008 ausgewertet werden. Falls dann Strukturmaßnahmen erforderlich sind, können diese in Ruhe beraten und durch den nächsten ordentlichen Bundeskongress im Jahre 2010 beschlossen werden.

Soweit zusätzliche Gremien oder Konferenzen gefordert werden – solche Anträge gibt es; Ihr wisst das –, empfiehlt Euch die Antragsberatungskommission, aus den genannten Gründen nicht in diese Richtung zu gehen. Ich erlaube mir die Anmerkung: Fehlende Gremien und Konferenzen sind nicht unser Problem; wir als Antragsberatungskommission behaupten das. Die politische Wirklichkeit ist das Thema, das uns eigentlich fordert.



So weit meine Einführungen zu den Satzungsanträgen.  
Dieter, soll ich gleich weitermachen?

**Dieter Scholz, Vorsitzender des Kongresses**

Ja, bitte.

**Berthold Huber, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Gut. – Dann sind aufgerufen die Anträge S 001 bis S 003 einschließlich des Abänderungsantrags 1. Dazu müsste es jetzt eine Wortmeldung geben.

**Dieter Scholz, Vorsitzender des Kongresses**

Ich denke, Du gibst zunächst die Empfehlung der Antragsberatungskommission ab.

**Berthold Huber, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Wenn es eine Wortmeldung gibt, ist die Empfehlung der Antragsberatungskommission möglicherweise hinfällig.

**Dieter Scholz, Vorsitzender des Kongresses**

Um es konkret zu sagen: TRANSNET hat uns eine Erklärung angekündigt. Es wäre jetzt der Zeitpunkt, dass diese abgegeben wird. (Heiterkeit)  
Bitte, der Kollege Manfred Bielig von TRANSNET hat das Wort.

**Manfred Bielig**

Liebe Gäste, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin Sprecher des Bezirksseniorenrates der TRANSNET-Gewerkschaft Sachsen. Wir haben diesen Antrag aus folgenden Gründen gestellt:

Der Anteil der Seniorinnen oder der Senioren in den DGB-Gewerkschaften zwischen 40 und 50 Jahren ist hoch, die Tendenz ist steigend. Die demographische Entwicklung zeigt die gleiche Tendenz.

Zielsetzung dieses Antrags ist es, mehr politische Beachtung der Senioren in der Gewerkschaftsbewegung zu erreichen. Wir werden in wenigen Jahren die größte Bevölkerungsgruppe sein. Deshalb werden wir dem DGB-Bundesvorstand ein Konzept vorschlagen. Dieses Konzept wird die stärkere politische Einbindung der Senioren in die Gewerkschaftsarbeit zum Inhalt haben. Damit leisten wir als TRANSNET einen positiven Beitrag zur Ausgestaltung der Trendwende. (Beifall)

**Dieter Scholz, Vorsitzender des Kongresses**

Dem Präsidium ist angekündigt worden, dass dieses Konzept Euren Änderungsantrag 1 ersetzt und Ihr ihn damit zurückzieht. Meine Frage ist: Ist dieser Diskussionsbeitrag so zu verstehen? (Zuruf: Ja!) – Gut. Dann ist der Änderungsantrag 1 von TRANSNET soeben zurückgezogen worden.

Berthold, Du hast wieder das Wort.

**Berthold Huber, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Okay. Gleich beim ersten Satzungsantrag S 001 könnte es etwas kompliziert werden. Dadurch, dass der Abänderungsantrag 1 wegfällt beziehungsweise zurückgezogen ist, ist es nun aber etwas einfacher.

Wir haben drei Anträge, liebe Kolleginnen und Kollegen, die sich mit der Frage beschäftigen, ob und wie Jugend und Frauen in der Satzung des Deutschen Gewerkschaftsbundes stärker berücksichtigt werden können. Wenn wir in der Sache möglicherweise strittig diskutieren, sollten wir uns – das ist jedenfalls unser Wunsch – nicht noch zusätzlich in Verfahrensfragen in die Haare bekommen.

Wir haben hier eine Hilfe, nämlich die von uns beschlossene Geschäfts- und Wahlordnung. In Punkt 2 Ziffer 9 Eurer blauen Unterlagen ist beschrieben, wie wir zu verfahren haben.

Ich weiß, dass wir in den Einzelgewerkschaften teilweise andere Regelungen bei der Behandlung von Anträgen und Abänderungsanträgen haben. Dort ist zum Beispiel das Verfahren eines weitergehenden Antrags bekannt. Ich will betonen: Ein solches Verfahren kennen wir nach der Geschäftsordnung für den Bundeskongress, die wir selbst beschlossen haben, nicht.

Ich will jetzt das Verfahren erläutern:

Erstens. Es sind gemeinsam aufgerufen die Anträge S 001 des DGB-Bundesvorstands und die Anträge S 002 und S 003. Diese werden zusammen aufgerufen.

Zweitens. Zuerst wird über die Empfehlung der Antragsberatungskommission abgestimmt. Sie lautet: Annahme des Antrags S 001 des DGB-Bundesvorstands in geänderter Fassung. Gleichzeitig – so lautet die Empfehlung der Antragsberatungskommission – sollen die Anträge S 002 und S 003 damit erledigt sein. Falls Ihr unserer Empfehlung zu S 001 folgen wollt, ist die Satzung dann so geändert. Dazu ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich.

Drittens. Findet die Empfehlung der Antragsberatungskommission keine Zweidrittelmehrheit, wird über S 001 abgestimmt, und zwar über den Ur-Antrag – also nicht über den Antrag in geänderter Fassung – des DGB-Bundesvorstands. Das ist der Text, der in Eurer gelben Unterlage im dicken Heft „Beratungsunterlagen“ auf Seite 3 in der linken Spalte steht.

Viertens. Anschließend stimmen wir einzeln über S 002 und S 003 ab.

Ich komme jetzt zu den einzelnen Anträgen.

Der Antrag S 001 des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes will die Vertretung von Frauen und Jugendlichen auf den Konferenzen und in den Gremien des DGB auf allen Ebenen entsprechend ihrem Mitgliederanteil in der Satzung verankern. Die vom Bundesvorstand in diesem Antrag vorgeschlagene Soll-Regelung wird nach Einschätzung der Antragsberatungskommission konstant eine korrekte Vertretung sichern. Die Praxis des heute stattfindenden Bundeskongresses belegt diese Einschätzung der Antragsberatungskommission. Dort haben wir eine Übererfüllung der Mindestquote bei Frauen und bei Jugendlichen.

Im Übrigen ist es so, dass die entsprechende Aufforderung des DGB-Bundesvorstandes an die Adresse der Einzelgewerkschaften bereits im Vorfeld dieses Bundeskongresses dazu geführt hat, dass der Prozentsatz der delegierten Kolleginnen und Kollegen über ihrem jeweiligen Anteil an der Mitgliedschaft liegt. Ergänzend soll laut Antrag eine Richtlinie verabschiedet werden, die die genauen Modalitäten festschreibt, wie die unterschiedlichen Rahmenbedingungen in den Einzelgewerkschaften und auf den jeweiligen Organisationsebenen berücksichtigt werden können.

Im Antrag S 002 geht es darum, aus den Soll-Vorschriften zur Repräsentanz der Frauen in den Gremien und auf den Konferenzen eine Muss-Regelung zu machen. Es wird von der Antragsberatungskommission nicht verkannt – ich betone: nicht verkannt –, dass der in der Antragsbegründung genannte Punkt, dass Frauen auf manchen Konferenzen und in einigen Gremien immer noch unterrepräsentiert sind, ein gewichtiger Grund ist. Doch über eine Verschärfung der Satzungsänderung ist

das Problem nach Auffassung der Antragsberatungskommission nicht lösbar; und das einfach deswegen, weil das Grundprinzip des DGB folgendermaßen lautet: Stimmberechtigte Delegierte sind Delegierte der Einzelgewerkschaften und nicht Delegierte des DGB, seiner Organe und Gremien. Die Einzelgewerkschaften haben dafür Sorge zu tragen, dass die Frauenquote mindestens eingehalten wird.

Ich komme zur Kurzbeschreibung von S 003. Dieser Antrag verfolgt kurz gefasst das Ziel, jeweils drei Vertreterinnen und Vertretern der DGB-Jugend Stimmrecht auf DGB-Konferenzen zu geben. Ein entsprechender Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen, scheiterte auf dem letzten DGB-Bundeskongress an der Zweidrittelmehrheit.

Die Antragsberatungskommission möchte auf folgende Aspekte hinweisen, die bei unserer Empfehlung eine Rolle gespielt haben und spielen. Der Antrag S 001, der zur Annahme empfohlen ist, ist partiell weitergehender als der Antrag S 003. Wir wollen keine zahlenmäßige Beschränkung auf drei Vertreter empfehlen, sondern wir wollen, dass die Jugend entsprechend ihrem Mitgliederanteil vertreten ist. Und diese Sache wollen wir durch die Einzelgewerkschaften sichergestellt wissen.

Die Antragsberatungskommission befürwortet deshalb zusammenfassend den Antrag des DGB-Bundesvorstandes mit geringfügigen redaktionellen Änderungen bei gleichzeitiger Erledigung der Anträge S 002 und S 003.

#### **Dieter Scholz, Vorsitzender des Kongresses**

Herzlichen Dank, Berthold. – Ihr habt jetzt die Empfehlung der Antragsberatungskommission gehört. Es geht um den S 001 in geänderter Form. Wenn der mit einer Zweidrittelmehrheit angenommen wird, Kolleginnen und Kollegen, sind die Anträge S 002 und S 003 damit erledigt.

Es gibt jetzt zwei Wortmeldungen zu diesem Antragskomplex. Ich bitte alle diejenigen, die zu S 001, zu S 002 und zu S 003 sprechen wollen, unter Angabe des Antrages gegebenenfalls ihre Wortmeldung noch abzugeben. Zwei Wortmeldungen liegen mir vor.

Ich weise noch einmal darauf hin: Die Redezeit beträgt bis zu zehn Minuten. Wir haben hier vorne „Hightech“, womit wir die Rednerinnen und Redner dezent auf die Länge ihres Redebeitrages – das gilt jetzt für den gesamten Kongressverlauf – aufmerksam machen können: Acht Minuten lang ist die Ampel grün. Nach acht Minuten wird für zwei Minuten die Ampel gelb. Danach ist sie rot. Und wenn die rote Lampe leuchtet, wird die Kongressleitung darauf hinwirken, dass die Rednerin/der Redner zum Ende kommt. Das wollte ich Euch vor Beginn der Debatte zum Verfahren sagen.

Ich rufe jetzt Susanne Treptow auf, Delegiertennummer 208, von ver.di, die zum Antrag S 002 sprechen wird.

#### **Susanne Treptow**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich rede jetzt für den Antrag S 002. Du hast es schon erläutert: Der Antrag besagt, dass die Wahl der Delegierten den Frauenanteil zu berücksichtigen hat, und zwar mit der Formulierung „sind“. Das ist eben beschrieben worden. In dem Antrag S 001 heißt es „soll“.

Es gibt diverse Einzelgewerkschaften, die bereits eine feste Mindestquote haben. Das hat denen nicht geschadet; das ist zu sehen. Für die, die es noch nicht haben, können wir als DGB schon sagen: Wir wollen den Frauenanteil entsprechend der Mitgliedschaft in Eurer Organisation sehen.

Von daher sage ich jetzt, dass die Empfehlung der Antragsberatungskommission durch S 001 nicht erledigt sein kann; denn „soll“ oder „sind“ bedeuten wohl einen

qualitativen Unterschied. Ich möchte Euch auffordern, der Empfehlung der Antragsberatungskommission nicht zu folgen, sondern diese abzulehnen und dem Antrag in seiner Form zuzustimmen. – Danke.

### **Dieter Scholz, Vorsitzender des Kongresses**

Danke, Susanne. Das war ein Plädoyer, über den S 002 in ursprünglicher Form abzustimmen.

Das Wort hat jetzt die Kollegin Anja Penßler-Beyer, ver.di, Delegiertennummer 381. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Antrag vor.

### **Anja Penßler-Beyer**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich darf das Wort für die DGB-Jugend und für die ver.di-Jugend ergreifen und möchte Euch an den letzten Bundeskongress erinnern. Auf diesem Bundeskongress gab es eine sehr, sehr heftige Debatte darüber, ob jugendliche Delegierte auf DGB-Konferenzen erscheinen dürfen oder nicht. Ich kann Euch sagen – darüber freue ich mich –, dass es dieses Jahr fast doppelt so viele jugendliche Delegierte hierhin geschafft haben. Wir sind jetzt immerhin schon 37. (Beifall) Meinen herzlichen Dank an dieser Stelle an die Einzelgewerkschaften, die dafür gesorgt haben.

Nach den Diskussionen auf dem Bundeskongress 2002 gab es ein Versprechen vom Geschäftsführenden Bundesvorstand, genauer gesagt: von Dietmar Hexel, der uns bis März 2003 eine Lösung und einen Konsens zugesichert hatte, der darauf hinwirken sollte, dass die DGB-Jugend als eigenständiger Jugendverband anerkannt werden sollte und dass die Vertretung der DGB-Jugend auf zukünftigen Konferenzen des Deutschen Gewerkschaftsbundes sichergestellt ist. Bis März 2003 sollte das passieren. Es tut mir Leid; bis heute ist gar nichts passiert. Wir haben keinen Konsens gefunden.

Vor Euch liegen jetzt wieder zwei Anträge. Aber wir freuen uns über die Empfehlung der Antragsberatungskommission. Die ist verbessert worden. Sie hat den Vorschlag des Bundesvorstandes verbessert. Das ist bei uns sehr, sehr gut angekommen. Deshalb möchten wir Euch bitten, diesem Antrag zuzustimmen.

Wir sehen den S 003 damit als erledigt an. Aber wir haben uns natürlich als Gewerkschaftsjugend sehr gewünscht, dass unser Antrag eine Chance gehabt hätte. Es gab viele Gespräche im Vorfeld und sehr viele Versprechungen, die aber mit den Worten endeten: Jeder kann sich mal versprechen. Das ist ja auch eine Lösung, nicht wahr.

Aus Sicht unter anderem von ver.di gibt es theoretisch keine Probleme mehr; denn bei der ver.di-Jugend zum Beispiel dürfen, wie bei anderen Einzelgewerkschaften auch, Jugendliche entsprechend der Anzahl ihrer Mitglieder auf den Konferenzen erscheinen. Sie dürfen mit abstimmen, und entsprechend der Zahl ihrer Mitglieder – mindestens sind es jedoch zwei – dürfen die Jugendlichen alles mitmachen, so wie ich heute auch hier Delegierte sein darf. Ich finde es sehr schade, dass es hier nicht geht. Kolleginnen und Kollegen! Als Euer Kongress-Nesthäkchen darf ich Euch sagen: Es bricht sich doch hier wirklich niemand einen Zacken aus der Krone, wenn die DGB-Jugend mit drei Delegierten mehr hier vertreten ist. (Beifall)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die Vertretung der DGB-Jugend – das möchte ich noch einmal an dieser Stelle sagen – als eigenständiger Jugendverband ist nicht sichergestellt, wenn die Jugendquote in den Einzelgewerkschaften erfüllt wird. Trotzdem – wir können ja auch ein bisschen rechnen – würden wir Euch von Herzen bitten, diesem Antrag zuzustimmen. – Danke schön. Das ist ein guter Anfang. (Beifall)

**Dieter Scholz, Vorsitzender des Kongresses**

Herzlichen Dank, Anja. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit schließe ich die Rednerliste zu diesem Bereich. Ihr kennt die Empfehlung der Antragsberatungskommission. Ich bitte die Mandatsprüfungs- und Wahlkommission, sich mental schon auf eine eventuelle Auszählung einzustellen, denn wir brauchen jetzt eine Zweidrittelmehrheit.

Zur Abstimmung steht Antrag S 001 in geänderter Fassung, rechte Spalte in Eurem Antragsbuch auf Seite 3 folgende. Ich frage jetzt den Kongress und bitte Euch, die Arme deutlich nach oben zu heben, damit wir es von hier vorne gut sehen können. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Danke schön. Wer nicht zustimmt, den bitte ich ebenfalls um das Kartenzeichen. – Das war eine satte Dreiviertelmehrheit. Gibt es gegen diese meine Einschätzung Protest? – Das ist nicht der Fall, liebe Kolleginnen und Kollegen. Dann ist Antrag S 001 in geänderter Form angenommen. (Beifall) Die Anträge S 002 und S 003 sind damit erledigt.

Ich rufe Antrag S 004 auf. – Berthold, Du hast das Wort.

**Berthold Huber, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Mit dem Antrag S 004 soll ein Regionsseniorenausschuss installiert werden, der mit drei Mitgliedern und mit beratender Stimme an den Regionsdelegiertenversammlungen teilnimmt. Die Antragsberatungskommission, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist folgender Auffassung: Einerseits können sich die Seniorinnen und Senioren mit einer gewissen satzungsrechtlichen Logik darauf berufen, dass Frauen und Jugendliche eigene Rechte in der DGB-Satzung erhalten haben, und sie können diese Rechte im Sinne der Gleichbehandlung ebenfalls einfordern. Andererseits sind Frauen und Jugendliche als besonders zu fördernde Personengruppen sehr bewusst entsprechend in der Satzung verankert worden. Das ist eine Zukunftsfrage für den DGB. Dehnen wir nun diese Regelung, die wir für Frauen und Jugend in der Satzung gefunden und beschlossen haben, auf weitere Gruppen aus, besteht die Gefahr, dass dadurch eine Schwerpunktsetzung nicht mehr möglich ist. Daher wurde ein entsprechender Antrag bereits auf dem 17. Ordentlichen DGB-Bundeskongress abgelehnt. Die Antragsberatungskommission empfiehlt deshalb die Ablehnung des Antrags S 004.

**Dieter Scholz, Vorsitzender des Kongresses**

Berthold, danke. – Ihr habt die Empfehlung der Antragsberatungskommission gehört, Kolleginnen und Kollegen. Ich muss Euch jetzt allerdings auf eine Abstimmungsfeinheit hinweisen. Die Änderung der Satzung im positiven Sinne braucht eine Zweidrittelmehrheit. In diesem Falle reicht bei der Ablehnung eine einfache Mehrheit, weil wir nicht über den Antrag, sondern über die Empfehlung der Antragsberatungskommission abstimmen. Hier reicht erst einmal die einfache Mehrheit. Sollte der Empfehlung der Antragsberatungskommission nicht gefolgt werden, stellen wir noch den Antrag zur Abstimmung, und dann braucht er eine Zweidrittelmehrheit, weil er dann erst für die Satzung wirksam wird. Ich hoffe, es war klar, was ich eben gesagt habe. Bei dieser Abstimmung reicht also eine einfache Mehrheit.

Ich frage deshalb den Kongress: Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission auf Ablehnung dieses Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke. Die Gegenprobe! – Das Erste war eindeutig die Mehrheit.

Das wird bezweifelt? Für mich war das sehr eindeutig. Ich bitte Euch noch einmal: Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen will, den bitte ich noch einmal, den Arm zu heben. – Kolleginnen und Kollegen! Guckt Euch das an. Jetzt noch einmal die Gegenprobe! – Das ist eindeutig, Kolleginnen und Kollegen. Da muss man nicht diskutieren. Ich will zu den Inhalten gar nichts sagen, aber die Mehrheit war ganz eindeutig. Damit ist der Antrag S 004 abgelehnt. Ich rufe auf Antrag S 005. – Berthold, Du hast das Wort.

### **Berthold Huber, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Antrag S 005 werden Seniorenausschüsse auf Bundesebene, auf Bezirksebene und auf Regionsebene gefordert. Auch dieser Antrag wurde bereits auf dem letzten Bundeskongress abgelehnt. Als noch weiter gehender Antrag ist Antrag S 005 mit derselben Begründung abzulehnen, mit der Antrag S 004 bereits abgelehnt wurde. Die Empfehlung der Antragsberatungskommission lautet deshalb: Ablehnung des Antrags S 005.

### **Dieter Scholz, Vorsitzender des Kongresses**

Herzlichen Dank, Berthold. – Hierzu liegen uns jetzt eine Reihe von Wortmeldungen vor, und ich rufe die Debatte um die Empfehlung der Antragsberatungskommission zum Satzungsantrag S 005 auf. Als Erster hat das Wort Helmut Momann, ver.di, Delegiertennummer 283. – Helmut, Du hast das Wort.

### **Helmut Momann**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die acht DGB-Gewerkschaften bringen über eine Million Seniorinnen und Senioren auch für den DGB. Wir müssen, wenn wir diese Seniorinnen und Senioren weiter behalten wollen und neue hinzugewinnen möchten – das heißt ja im Klartext, dass Kolleginnen und Kollegen, die automatisch irgendwann einmal Seniorinnen und Senioren werden, überzeugt sein müssen, bei uns zu bleiben –, Signale setzen, sowohl nach innen wie nach außen. Wir möchten nicht, dass irgendwelche AGs für Senioren zur Verfügung gestellt werden oder Senioren in diesem Bereich tätig werden können, so ein wenig nach Gottes Gnaden. Das steht uns nicht an. Wir sind voll geschäftsfähig. (Leichter Beifall)

Ihr habt in diesen Tagen ja auch schon wahrnehmen können, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass nur sieben Rentner an diesem Kongress teilnehmen; es mögen inzwischen vielleicht zehn sein. Aber bei rund einer Million Mitglieder fühlen sich die Seniorinnen und Senioren zu Recht unterrepräsentiert. Wir wollen ja keine eigene Karriere mehr. Was steckt denn dahinter, dass wir uns stark machen für Seniorinnen und Senioren?

Es steckt dahinter, dass wir nicht weiterhin diese großen Mitgliederverluste haben. Die Seniorinnen und Senioren müssen überzeugt werden, bei uns zu bleiben. Deshalb müssen wir Signale nach innen wie nach außen setzen. Wir haben in dieser Gesellschaft Mitbewerberinnen und Mitbewerber, die gerne unsere Leute übernehmen. Und es schadet uns ja auch nicht, wenn wir in der Satzung verankert werden, sondern es bringt uns nach vorne. Würdigt die Seniorinnen und Senioren und ihre Arbeit, denn die haben es ermöglicht, dass wir heute allesamt hier sein können. Das ist nicht vergessen.

Die Seniorinnen und Senioren haben im Wesentlichen die Nachkriegsgesellschaft aufgebaut und möchten daher nicht als Bittsteller beim DGB sein. Ich komme von ver.di. Dort sind wir fest in der Satzung verankert. Das könnte beispielhaft sein. (Vereinzelt Beifall)

Wir zählen auf Euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, und Ihr könnt auf uns zählen.

Vergegenwärtigt Euch noch einmal, wie viele Senioren sich bei den hier angesprochenen Demos in Berlin beteiligt haben, bei den ganzen Streikaktionen. Wir brauchen Eure Hilfe nicht zu Gunsten der Seniorinnen und Senioren, sondern zu Gunsten der acht Einzelgewerkschaften im DGB und am Ende somit auch für den DGB. – Danke schön. (Beifall)

**Dieter Scholz, Vorsitzender des Kongresses**

Danke, Helmut. Das Wort hat Kollege Artur Jung, Delegiertennummer 243.

**Artur Jung**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für mich ist es unverständlich, dass die Antragsberatungskommission diesen Antrag zur Ablehnung stellt. Wir Seniorinnen und Senioren wollen nur eine Gleichstellung wie die Frauen und die Jugend. Wir Seniorinnen und Senioren wollen in den Gremien und Konferenzen des DGB verankert sein und auch gewerkschaftlich mitgestalten.

Dazu eine kurze Begründung. Deutschland wird älter. Dies gilt auch für die Gewerkschaften. Während 1993 nur 14 Prozent der Mitglieder der DGB-Gewerkschaften Rentner und Pensionäre waren, sind es heute rund 21 Prozent, Tendenz steigend. Das heißt, bereits jeder fünfte Gewerkschafter zählt damit zu den Senioren. Der DGB tut sich aber immer noch schwer damit, die Interessen und Anliegen von Rentnern und Pensionären in seine Arbeit und seine Organisationsstruktur zu integrieren.

Der zahlenmäßige Anteil der Seniorinnen und Senioren im DGB rechtfertigt die Notwendigkeit ihrer gewerkschaftlichen Interessenvertretung nach innen und nach außen sowie die Gleichbehandlung mit den Frauen und der Jugend im DGB. Die aktiven Senioren-Gruppen sind im Wesentlichen Teil des gewerkschaftlichen Handelns auf allen Ebenen.

Dieter Hexel hat in seinem mündlichen Geschäftsbericht am Montagnachmittag die gewerkschaftliche Seniorenarbeit lobend hervorgehoben. Das hat mir selbst gut getan. Doch die Koordinierung der Seniorenarbeit der Einzelgewerkschaften reicht nicht für eine wirkungsvolle Interessenvertretung im DGB. Dies gilt insbesondere für die Gebiete Rente, Beamtenversorgung, Krankenversicherung, Pflege, Steuern, Wohnen, Kultur.

Mitgestalten heißt die Devise, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Delegierte. Unterstützt deshalb den Antrag auf Satzungsänderung, stimmt gegen das Votum der Antragsberatungskommission. – Herzlichen Dank. (Beifall)

**Dieter Scholz, Vorsitzender des Kongresses**

Danke, Artur. Ich muss mich entschuldigen, ich bin in der Rednerliste über einen Namen hinweggerutscht. Das Wort hat jetzt Holger Groteguth, ver.di, Delegiertennummer 386.

**Holger Groteguth**

Kolleginnen und Kollegen! Ich komme auch von der Gewerkschaft ver.di, aber ich muss mich genau entgegen meinen Vorrednern äußern. Ich habe miterlebt, wie die Matrix von ver.di entstanden ist. Wer erleben will, was in Gremien passiert, der muss sich diese Matrix angucken und wird sehr schnell feststellen, dass das Letzte, was eine Gewerkschaft braucht, eine große Anzahl von Gremien ist. (Beifall)

Ich bin vom Lebensalter selbst kurz davor, dass ich in wenigen Monaten davon profitieren könnte, in diese Ausschüsse hineinzukommen. Bei Einzelgewerkschaft-

ten kann ich noch mit diesem Gremium leben, aber für den DGB halte ich das für völlig überflüssig. Das Letzte, was wir für den DGB brauchen, sind zusätzliche neue Gremien.

Wenn die Seniorinnen und Senioren in den vorhandenen Gremien nicht richtig einbezogen sind, müssen wir uns überlegen, wie wir das verbessern können. Aber ich bitte Euch nachdrücklich darum: keine neuen zusätzlichen Gremien.

Das politische Ansinnen, das wir für Frauen und Jugend haben, ist bei den Senioren überhaupt nicht gegeben, weder gesellschaftspolitisch noch gewerkschaftspolitisch. Meine Bitte: Stimmt der Empfehlung der Antragsberatungskommission zu. (Beifall)

### **Dieter Scholz, Vorsitzender des Kongresses**

Danke. Das Wort hat Kollege Thomas Cosmar, ver.di, Delegiertennummer 360.

### **Thomas Cosmar**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es schon sehr interessant, dass wir untereinander darüber diskutieren, wer zukünftig wen wo vertreten soll. Ich habe das in meinen kurzen gewerkschaftlichen Jahren, denn ich bin erst seit 25 Jahren Gewerkschaftsmitglied, zweimal nicht so richtig verstanden, warum man von Bundeskongressen des DGB hört, die Senioren sind wieder mal abgebügelt worden.

Wir haben das sehr intensiv bei uns diskutiert und als Bezirk Berlin-Brandenburg des DGB auf unserer Konferenz diesen Antrag unterstützt. Wir haben auch klar gesagt, dass wir das unterstützen müssen, denn irgendwann werden wir alle darüber diskutieren. Das Kuriose daran ist, dass diejenigen, die dann organisiert sind, nicht nur 20 oder 25 Prozent Senioren sein werden, sondern 50 Prozent. Und wir streiten uns dann immer noch, ob sie ein Gremium brauchen oder nicht.

Nun kann man sich ja wundern. Ein so junger Mensch an Jahren, obwohl ich ja schon Großvater bin. Deswegen baue ich vor. In 23 Jahren will ich auch Senior werden, außer das Renteneintrittsalter wird noch mal ein bisschen erhöht. Wir brauchen solche Gremien.

Hier sollten wir auch auf unser eigenes Motto gucken. Es kam kurioserweise zum richtigen Zeitpunkt ein Flugblatt von den Senioren des DGB-Bezirks Sachsen, das diesen Inhalt hat: Die Würde des Menschen ist unser Maßstab. Ich sage: die Würde unserer Mitglieder. Und wenn die Würde auch der Seniorenanteil ist, muss das unser Maßstab sein. Wir sollten Ausschüsse und Gremien bilden. Wie wir die bilden, das sollte dann geregelt werden.

Deswegen folgt bitte nicht der Empfehlung der Antragsberatungskommission, sondern stimmt dem Antrag S 006 zu. – Danke schön. (Beifall)

### **Dieter Scholz, Vorsitzender des Kongresses**

Danke, Thomas. Das Wort hat jetzt Kollege Manfred Überla, ver.di, Delegiertennummer 318. Er ist der Letzte auf meiner Rednerliste.

### **Manfred Überla**

Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich richtig informiert bin, ist 1994 nach dem damaligen Gewerkschaftskongress auf Grund der Anträge der Seniorinnen und Senioren eine Arbeitsgruppe gebildet worden, die die Aufgabe hatte, ein Konzept zur Seniorenarbeit im DGB zu erarbeiten. Diese setzte sich am 28. November 1994 beim DGB-Bundesausschuss aus 16 hauptamtlichen Mitgliedern der DGB-Gewerkschaften zusammen.



Mit ein paar Änderungen, Vergrößerungen und Verkleinerungen besteht diese Koordinierungsgruppe heute noch. Sieben Jahre später, nachdem diese Koordinierungsgruppe gegründet wurde, also am 6. November 2001, wurde im DGB-Bundesvorstand beschlossen: Benennung eines ehrenamtlichen Seniorenbeauftragten oder einer ehrenamtlichen Seniorenbeauftragten zur Koordinierung der Seniorenpolitik auf Bundesebene, Bildung eines Koordinierungskreises durch ehrenamtliche Gewerkschaftsvertreter.

Die Landesbezirke sind in diesem Beschluss nicht erwähnt. Aber auf Bezirksebene wurde ein Seniorenbeauftragter eingesetzt, der auf dieser Ebene Koordinierungsarbeit machen und von der Organisationsabteilung hauptamtlich begleitet werden sollte.

Für uns Senioren hat sich aus diesem Organisationsmodell kein durchgängiger Erfahrungs- und Interessenaustausch auf DGB-Ebene ergeben. Mit Ausschüssen und Gesprächen und neuen Gremien können wir uns nicht mehr zufrieden geben. Durch die angespannte Lage am Arbeitsmarkt und die gewerkschaftlichen Abwehrkämpfe gegen Arbeitgeberinteressen konnte den gesellschaftlichen Ansprüchen von uns Senioren, die zum größten Teil auch die aktiv Beschäftigten betreffen, nicht Rechnung getragen werden. In wenigen Jahren werden die volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Kürzungspolitik in der Sozialgesetzgebung so gravierend sein, dass zum Beispiel die meisten, die in Rente gehen, gleich den Antrag auf Sozialhilfe mitgeliefert bekommen, dass sich die ärztliche ambulante und stationäre Krankenversorgung für Arme so verschlechtern wird, dass die daraus entstehenden Mehrkosten im Staatshaushalt riesige Löcher reißen werden.

Wenn diese Möglichkeit für uns Senioren nicht geschaffen wird, dass wir auf allen DGB-Ebenen ohne Zeitverluste unsere Interessen einbringen können und vertreten werden, damit eine Umsetzung in die Politik vor Erlass von Gesetzen möglich wird, sind dem weiteren Sozialabbau Türen und Tore geöffnet. Ich halte es für uns Senioren für die wichtigste Aufgabe, sich genau für diese soziale Gesetzgebung einzusetzen und zu arbeiten.

Außerdem noch zwei Anmerkungen. Am 18. Mai 2006 hat der VdK seine Veranstaltung hier in Berlin abgehalten. Wer die Rede des Verbandspräsidenten Hirrlinger und die Ankündigung von Protestkundgebungen in deutschen Großstädten in Anwesenheit von Angela Merkel gehört hat, der weiß, was ich meine, wenn ich sage: Wir brauchen die direkte öffentliche Interessenvertretung der Senioren im DGB, um Abwanderungen zu verhindern.

Außerdem ist es undemokratisch, eine so starke Personengruppe wie die Seniorinnen und Senioren aus dem direkten organisatorischen Weg der Meinungsbildung über einen so langen Zeitraum auszuschließen.

Ich spreche gegen die Empfehlung der Antragsberatungskommission. Wir sind die stärkste Personengruppe im DGB, und wir haben sehr wohl Schwerpunkte, nämlich genau die Sozialgesetzgebung und andere für uns Senioren interessante Dinge wie zum Beispiel die Verhinderung von Altersarmut und ähnliches. Ich bitte Euch deshalb, den Antrag S 005 entgegen der Empfehlung der Antragsberatungskommission abzunehmen. – Danke. (Beifall)

### **Dieter Scholz, Vorsitzender des Kongresses**

Herzlichen Dank. – Wir haben noch eine weitere Wortmeldung. Ich frage jetzt aber den Kongress: Gibt es zu diesem Antrag neben der einen Wortmeldung, die mir vorliegt, noch weitere Wünsche und Bedarf, zu dem Antrag zu reden? Wenn das nicht der Fall ist, würde ich die Rednerliste schließen. (Beifall) – Das findet Zustimmung.

Dann hat als letzte Rednerin zum Antrag S 005 die Kollegin Karin Nieswandt von ver.di, Delegiertennummer 307, das Wort.

**Karin Nieswandt**

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Ich komme von den Senioren aus Hamburg. Ich möchte nicht so lange reden. Ich finde, es gibt ganz wichtige Gruppen im DGB, und wir Senioren sind nicht die wichtigste Gruppe. Trotzdem wünsche ich mir, dass wir die gleiche Beachtung finden wie alle anderen Mitglieder in der Gewerkschaft, und dass wir auch unseren Stellenwert haben. Deswegen finde ich Empfehlungen wie Ablehnung oder Nichtbefassung einfach unerträglich. Ich habe den Auftrag von einigen Kollegen aus Hamburg, das zu sagen. Deshalb bitte ich, diese Empfehlung der Antragsberatungskommission abzulehnen. (Beifall)

**Dieter Scholz, Vorsitzender des Kongresses**

Herzlichen Dank. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragsberatungskommission zum Antrag S 005. Die Empfehlung lautet Ablehnung. Hier reicht wieder die einfache Mehrheit. Ich bitte diejenigen, die dieser Empfehlung zustimmen, um das Kartenzeichen. Bitte hochhalten! – Danke. Die Gegenprobe! – Für mich war das Erste die Mehrheit. Wird das vom Kongress geteilt? – Das ist der Fall. Damit ist der Empfehlung der Antragsberatungskommission Folge geleistet worden.

Ich rufe auf den Antrag S 006 und den Abänderungsantrag Ä 2.

**Berthold Huber, Sprecher der Antragsberatungskommission**

Es geht um den Antrag S 006 und um den Abänderungsantrag 2. Mit dem Antrag sollen die Aufgaben der Erwerbslosenpolitik eindeutiger definiert werden.

Die Antragsberatungskommission, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchte Folgendes feststellen:

Da keine konkrete Formulierung im Antrag S 006 vorliegt, kann über diesen Antrag schon rein satzungsrechtlich nicht abgestimmt werden. Wir sind der Auffassung, dass es wichtig ist, dass Erwerbslose im Deutschen Gewerkschaftsbund und in den Einzelgewerkschaften ihre Interessenvertretung finden. Wir weisen aber darauf hin, dass Erwerbslose jetzt schon umfangreiche Mitwirkungsmöglichkeiten vor Ort in ihrer Gewerkschaft haben. In der DGB-Satzung ist zudem die Arbeitsmarktpolitik als Aufgabe des DGB in Paragraph 2 Ziffer 3 b verankert.

So weit die inhaltliche Position der Antragsberatungskommission zum Antrag S 006.

Seit gestern gibt es einen Abänderungsantrag, nämlich Ä 2, zum Antrag S 006, der aus dem Nichtantrag einen ausformulierten Antrag machen will. Das geht nicht, da logischerweise ein Abänderungsantrag einen satzungsrechtlich gültigen Antrag voraussetzt. Deshalb empfiehlt die Antragsberatungskommission Nichtbefassung mit S 006 und damit auch mit Ä 2.

**Dieter Scholz, Vorsitzender des Kongresses**

Danke, Berthold. – Wir haben dazu eine Wortmeldung. Das Wort hat die Kollegin Susanne Stumpfenhusen, ver.di, Delegiertennummer 358.

**Susanne Stumpfenhusen**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, lieber Berthold! Ich habe tierisch viel gelernt.

Das ist alles richtig. Die Begründung der Antragsberatungskommission ist völlig korrekt. Unser DGB-Bezirk hat anscheinend ein bisschen geschlampt. Okay, das ist in Ordnung. Ich möchte aber trotzdem entgegen diesem Votum für eine kurze Befassung mit dem Anliegen der Antragstellerinnen und Antragsteller plädieren, und ich werde das auch kurz begründen.

Zwei Vorbemerkungen. Erstens. Es wurde auch schon erwähnt: Anträge zur Änderung der Satzung, hohe Hürde, sensibel und so weiter. Kein Dissens. Zweitens. In Zeiten knapper werdender Ressourcen verzichtet man in der Tat tunlichst auf Doppelstrukturen oder fragt noch einmal genau nach: Muss das sein?

Darum geht es hier aber nicht. Ich meine, in Zeiten hoher Erwerbslosigkeit, in Zeiten, in denen sogar der Bundespräsident der Meinung ist, er müsse uns mahnen, der DGB solle sich mehr den prekär Beschäftigten, die ja immer zahlreicher werden, zuwenden, in diesen Zeiten ausschließlich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Fokus der Arbeit und des Engagements zu stellen, finde ich ein bisschen zu wenig.

Nun haben ja schon einige gesagt, die Erwerbslosen seien doch schließlich auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Kolleginnen und Kollegen! Fragt die mal! Das sehen die wirklich etwas anders.

Wenn von diesem Kongress wirklich Signale der Erneuerung ausgehen sollen, dann ist es nur konsequent, wenn die Interessenvertretung künftig ausdrücklich auch diejenigen einbezieht, die gern wieder Arbeit hätten. Zumindest mit der Aussicht auf Erweiterung der Satzung um das Politikfeld Erwerbslosenpolitik und prekäre Beschäftigung gäbe es ein deutliches Signal, dass der DGB die Zeichen der Zeit erkannt hat.

In Zeiten, wo in Mailand schon 30.000, in Hamburg eine steigende Zahl und in Berlin in diesem Jahr erstmals Menschen, Erwerbslose und prekär Beschäftigte sich zum „Euro-Mayday“ versammeln, um ihren Anspruch auf Interessenvertretung geltend zu machen, den sie, aus welchen Gründen auch immer, beim DGB offensichtlich noch nicht realisiert sehen, wäre das auch ein zukunftsweisendes Signal.

Auf unser Motto ist schon hingewiesen worden. – Ja, Ihr könnt da ruhig mal klatschen; das finde ich auch. (Leichter Beifall)

Ich denke, es ist auch unsere Aufgabe, deutlich zu machen, dass die Würde des Menschen unser Maßstab ist und dass das auch für diejenigen unter uns gilt, die ohne Arbeit oder in prekärer Beschäftigung um ihre Würde kämpfen. Ich bitte deshalb alle Delegierten, alle Mitgliedsgewerkschaften und natürlich den DGB um eine nachhaltige Befassung mit diesem Thema in den nächsten vier Jahren, und zwar mit dem Ziel, die Satzungsänderung dann, selbstverständlich mit einer korrekten Antragstellung, für die wir dann verantwortlich sind, vornehmen zu können.

Zwei Bundesvorstandsmitglieder haben sich heute in ihren Beiträgen schon sehr deutlich in diese Richtung ausgesprochen; das waren Ingrid und Annelie. Ich würde mich freuen, wenn seitens des Bundesvorstands hier noch einmal eine Erklärung käme. Dann wären wir auf dem richtigen Weg.

Ich wäre froh, wir wären schon ein Stück weiter. Aber irgendwo muss man ja mal anfangen, und ich denke, die Kolleginnen und Kollegen – wir haben gehört, jeder Dritte und jede Dritte ist inzwischen prekär beschäftigt – brauchen auch ein Signal des Deutschen Gewerkschaftsbundes hier, dass ihre Anliegen ernst genommen und entsprechend vertreten werden.

Die Satzung ist nicht alles. Es gibt nichts Gutes, außer man tut es. Ich denke, das sollten wir jetzt angehen, aber auch mit dem Ziel, die Satzung dann in diesem Sinne zu verändern. – Vielen Dank. (Beifall)

**Dieter Scholz, Vorsitzender des Kongresses**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir werden im Bezirk nacharbeiten. – Das war keine Gegenrede zur Empfehlung der Antragsberatungskommission.

Ich bin gerade zu Recht darauf hingewiesen worden, dass man bei der Empfehlung Nichtbefassung eigentlich erst mal über die Nichtbefassung beschließt und sich dann überlegt, ob man noch dazu redet. Jetzt habe ich hier etwas einreißen lassen, was wir nicht fortsetzen werden.

Aber ich kann mich nicht entziehen, wenn der Vorsitzende noch mal das Wort ergreifen will. Deswegen noch mal Michael Sommer, und dann stimmen wir ab.

**Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich unterstütze ich die Empfehlung der Antragsberatungskommission. Ich will allerdings politisch sagen, dass das Anliegen, das mit diesem Satzungsantrag verbunden ist, für uns ein bindendes Anliegen ist und bleibt. Wir werden darüber reden müssen, auch im neuen Geschäftsführenden Bundesvorstand, wie wir das umsetzen.

Die Arbeit für und mit Erwerbslosen bleibt ein wichtiger Teil der DGB-Arbeit. Das wollte ich hiermit erklären. – Schönen Dank. (Beifall)

**Dieter Scholz, Vorsitzender des Kongresses**

Danke, Michael. – Ich stelle den Antrag S 006 jetzt zur Abstimmung.

Ich frage den Kongress: Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission auf Nichtbefassung zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke schön. Ich bitte um die Gegenprobe. – Bei einigen Gegenstimmen ist dem so gefolgt. Damit ist die Nichtbefassung beschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will mich an dieser Stelle bei Euch jetzt erst mal für die disziplinierte Arbeit zu diesem schwierigen Thema Satzungsanträge bedanken. Ihr habt mir die Arbeit leicht gemacht. Wir werden die Arbeit morgen früh fortsetzen und die Antragsberatung an dieser Stelle unterbrechen. Denn es gibt noch zwei Programmpunkte heute.

Ich verlasse damit die Antragsberatung und wende mich dem Thema der internationalen Politik zu.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ihr habt es sicher schon gehört: Wir sind auf dem Weg zu einer neuen gewerkschaftlichen Arbeit auf internationaler Ebene. Noch in diesem Jahr werden sich der Internationale Bund Freier Gewerkschaften und der Christliche Weltverband der Arbeit zusammenschließen zu einem neuen internationalen Gewerkschaftsbund. Eine Vielzahl heute noch unabhängiger nationaler Bünde wird sich diesem Bund anschließen. Demokratie, Repräsentativität und Pluralität sind die drei Leitmotive dieser Neugründung. Über alte politische und weltanschauliche Frontstellungen hinweg entsteht hier eine Weltorganisation der Gewerkschaften, die für die künftige Auseinandersetzung um die soziale Gestaltung der Globalisierung gut aufgestellt sein wird und die dringend nötig ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass wir zu unserem heutigen Kongress als Gastredner den Generalsekretär des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften, den Kollegen Guy Ryder, zählen dürfen.

Guy Ryder, herzlich willkommen in Berlin auf dem 18. Ordentlichen DGB-Bundeskongress. Du hast das Wort.

### **Guy Ryder, Generalsekretär des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften**

(Mit Beifall begrüßt – Die Rede wird simultan übersetzt)

Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Liebe Delegierte dieses Kongresses! Ich freue mich sehr, dass ich bei diesem 18. Ordentlichen Bundeskongress des DGB die solidarischen Grüße des IBFG und seiner weltweit 155 Millionen Mitglieder übermitteln kann. Unsere Mitgliedsorganisationen in aller Welt verlassen sich auf die Solidarität der deutschen Gewerkschaftsbewegung, und sie schätzen die aktive Beteiligung des DGB beim IBFG sehr.

In ihrer aller Namen und stellvertretend über Euren Vorsitzenden, Michael Sommer, der als Erster Vizepräsident des IBFG auch strategische Orientierung in dieser entscheidenden und historischen Weichenstellung gegeben hat, möchte ich wirklich sehr herzlich danken für die zentrale Rolle des DGB in der weltweiten Gewerkschaftsbewegung. Ich kann mich nicht erinnern, dass es je eine Zeit gegeben hätte, in der Euer Beitrag größer gewesen wäre. Und doch stehen wir vor großen historischen Entwicklungen, also ist das umso wichtiger.

Unsere Mitglieder zeigen ein noch nie da gewesenes Interesse an dem, was hier in Deutschland passiert. Sie identifizieren sich mit den Herausforderungen, vor denen Ihr hier steht, und sie erkennen auch klare Parallelen zu den Problemen, vor denen sie selber stehen.

Afrikanische Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter waren vielleicht etwas verwundert, dass „Heuschrecken“ in Deutschland ein Problem sein sollen. Aber sie kennen sich genau aus in den globalen Aktivitäten und den Auswirkungen des Finanzkapitals.

Beim Kongress unserer Mitgliedsorganisation in Ghana vor einem Jahr war ich sehr erstaunt, dass der Ministerpräsident des Landes Detailkenntnisse hatte über die Tarifverhandlungen in Deutschland. Er führte sie an, um die Delegierten zu überzeugen, dass es nun an der Zeit sei, doch auch flexiblere Positionen am Verhandlungstisch einzunehmen, damit auch Ghana in der Weltwirtschaft konkurrieren könne.

Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, das zeigt etwas ganz Einfaches: dass nämlich das, was auf dem Arbeitsmarkt in einem Land passiert, egal wo dieses Land liegt, immer auch Auswirkungen auf die Beschäftigten in anderen Ländern hat.

Die deutschen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter haben in der Zeit seit dem letzten DGB-Kongress bestimmt auch erkennen müssen, dass sich internationale Einflüsse niedergeschlagen haben in der nationalen Verhandlungs- und Organisationssphäre und dass solche Faktoren auch herangezogen werden, um Veränderungen bei den industriellen Beziehungen und ihren Institutionen zu fordern.

So verwundert es wenig, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Globalisierung häufig als eine Bedrohung für ihre Arbeitsplätze und ihren Lebensstandard betrachten und dass sie deswegen auch glaubwürdige und praktische Antworten von ihren Gewerkschaften erwarten.

Die Logik der Globalisierung, ob wir das nun begrüßen oder nicht, ist einfach daran zu sehen, dass nationale und internationale Gewerkschaftsagenten immer stärker konvergieren. Ich glaube, dass wir einige ganz pragmatische Schlussfolgerungen aus dieser Realität ziehen und entsprechend handeln müssen. Ich darf dazu vielleicht einige Vorschläge unterbreiten:

Erstens ist es so, dass die Globalisierung ganz grundsätzlich verändert werden muss, wenn der jetzige Trend zunehmender Ungleichheit, sinkender Einnahmen für Arbeitnehmer, zunehmenden Arbeitsplatzmangels und sozialer Entwurzelung

und Verunsicherung umgekehrt werden soll. Und natürlich kann man diesen Trend umkehren.

Die Globalisierung heute ist ganz einfach das Ergebnis bewusster politischer Entscheidungen. Und daran kann man etwas ändern durch andere politische Entscheidungen, wenn unsere Führer den entsprechenden politischen Willen hierzu entwickeln. Wir brauchen Beschlüsse, die beispielsweise die Grundrechte der Arbeitnehmer in gleicher Weise garantieren würden wie die WTO Handelsrechte garantiert, (Beifall) sodass menschenwürdige Arbeit für alle Menschen ein zentrales Element des internationalen Systems werden würde. Damit würde dann auch die Tätigkeit transnationaler Gesellschaften einer Art von Regelwerk unterzogen werden, was wiederum diese dazu veranlassen müsste, in fairer Weise Beiträge für das Gemeinwesen zu leisten, in dem sie tätig sind.

Wenn man eine faire Globalisierung anstreben möchte, muss man gleichzeitig natürlich den Fatalismus bekämpfen, wonach dieser Status quo wohl unvermeidbar ist. Man muss aber auch die Exzesse aufhalten. Die Aussage allein, dass man die Globalisierung noch umkehren könnte, ist keine Antwort. Wir können natürlich alle entsprechende Schriftwerke verfassen und auch entsprechende Beschlüsse fassen. Viele haben das auch schon getan. Viel schwieriger ist es jedoch, eine politische Dynamik zu entwickeln, damit der Wandel tatsächlich vollzogen wird.

Der IBFG kann sicherlich auf einige Fortschritte hinweisen. Wir haben inzwischen wirklich bemerkenswerte Siege errungen. Wir arbeiten sehr hart daran, für unsere Ziele auch die Unterstützung bei politischen Verbündeten und in der Gesellschaft zu finden. Aber, Kolleginnen und Kollegen, glaubt nicht, dass wir diesen Kampf wirklich gewinnen können.

Damit komme ich zu meinem zweiten Vorschlag. Wenn wir uns ehrlich und genau einer Selbstprüfung unterziehen, wenn wir einen kritischen Blick auf unsere internationale Gewerkschaftsbewegung werfen, dann müssen wir zugeben, dass wir ganz einfach nicht ausreichend gerüstet sind, um uns den zukünftigen Herausforderungen zu stellen. Ja, wir haben einiges geleistet. Aber im Wesentlichen entsprechen unsere Strukturen, unsere Arbeitsweise und unsere Reflexe noch immer denen von vor 20 Jahren. Natürlich stehen uns heute auch weniger Ressourcen zur Verfügung. Unterdessen hat sich die Arbeitswelt gründlich gewandelt. Deswegen müssen auch wir uns wandeln, und wir müssen unsere internationale Bewegung stärken.

Das war das zentrale Thema des letzten IBFG-Weltkongresses, der im Dezember 2004 in Japan tagte. Er hat sich der Herausforderung der Globalisierung mit Solidarität gestellt. Alles begann mit dem historischen Beschluss, einen neuen internationalen Bund zu gründen, in dem alle demokratischen und unabhängigen Kräfte des Weltgewerkschaftswesens zusammengeführt werden sollen. Jetzt werden wir dieses Ziel verwirklichen mit einem Gründungskongress, der auf Einladung unserer österreichischen Mitgliedsorganisation, des ÖGB, Anfang November 2006 in Wien stattfinden wird.

Kolleginnen und Kollegen! In Wien werden wir Geschichte schreiben. Aber wirklich wichtig ist, dass wir auch etwas für das Leben der erwerbstätigen Menschen ändern und dass wir das Instrument schaffen, das die Gewerkschaften brauchen, damit sie wirklich weltweit vertreten sind.

Die Mitgliedsorganisationen des IBFG und des Weltverbands der Arbeitnehmer und die wichtigen nicht angeschlossenen nationalen Bünde, die unsere Ziele teilen, die dann in Wien zusammenkommen werden, haben alle gemeinsam die Aufgabe, nicht nur eine neue Internationale zu bilden, sondern auch einen neuen gewerkschaftlichen Internationalismus zu begründen. (Beifall) Kolleginnen und Kollegen! Dieser Internationalismus wird davon abhängen, wie viel Erfolg wir haben

werden bei der Integration solcher nationalen Bünde, solcher Gewerkschaftsdachorganisationen wie des DGB, damit internationale Maßnahmen auch ein fester Bestandteil Eurer täglichen Gewerkschaftsarbeit werden, ein praktischer Weg, um sich der Anliegen Eurer Mitglieder anzunehmen und nicht etwa eine Ablenkung davon oder vielleicht auch einfach nur noch ein besonderer Kostenfaktor, den man berücksichtigen muss als Verbindung zu den Kolleginnen und Kollegen, die es aus reiner Solidarität nötig haben.

Was ich Euch also sagen möchte, ist dies: Wir brauchen Eure Unterstützung, damit das alles klappt. Wir müssen bessere Beziehungen aufbauen zwischen den Weltaktivitäten und den regionalen Gewerkschaftsaktivitäten. In Europa arbeiten wir sehr eng zusammen mit unseren Kolleginnen und Kollegen im Europäischen Gewerkschaftsbund. (Beifall)

Unser neuer Internationalismus muss auch die verschiedenen Träger der internationalen Bewegung dazu bewegen, enger zusammenzuarbeiten. Alle Gewerkschaften, die hier als DGB-Mitgliedsorganisationen vertreten sind, sind auch wichtige Akteure in den so genannten globalen Gewerkschaftsföderationen. Der IBFG hat mit Euren Weltverbänden eine Vereinbarung ausgehandelt. Wenn die ratifiziert wird, würde ein Global-Union-Rat geschaffen werden, der es uns ermöglichen würde, gemeinsame Prioritäten zu vereinbaren und gemeinsame Maßnahmen zu finanzieren und durchzuführen. Auf diese Art und Weise würden wir die Wirkung der gesamten Bewegung optimieren, die dann als eine Einheit handeln würde.

Ich möchte hinzufügen, dass das wirklich ein ganz wichtiger Bestandteil unserer Herausforderungen ist. Das war durchaus kein einfacher Weg, er war vielmehr strittig. Und wir müssen auch immer noch sehr hart daran arbeiten, damit alles klappen wird.

Einige im IBFG würden sich freuen, wenn wir eine engere strukturelle Verbindung zwischen der neuen Internationale und den Global Union Federations aufbauen würden. Andere fürchten, dass die Autonomie der globalen Gewerkschaftsföderationen und ihr Handlungsspielraum aufgegeben werden könnte.

Kolleginnen und Kollegen! Die richtige Lösung ist sicherlich die, die Euren Interessen gerecht wird. Alles, worum ich Euch bitten kann, ist, dass Ihr Euch an dieser Lösungsfindung aktiv beteiligt. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen! Dies sind die allerletzten Worte, die je ein IBFG-Generalsekretär an einen DGB-Kongress richten wird. Deswegen möchte ich abschließend nicht versäumen, ausdrücklich den Beitrag des DGB in einer Zeitspanne von über einem halben Jahrhundert zu würdigen. Der DGB war Gründungsmitglied, ist Führer und Vordenker und hat sich unbeirrbar stets loyal in seinem Bekenntnis zu unseren Werten der Solidarität und des Internationalismus gezeigt.

Die Geschichte des IBFG wird demnächst abgeschlossen. Nicht abgeschlossen ist hingegen unser Kampf. Den werden wir – darin bin ich zuversichtlich – im gewohnten Geist der Solidarität fortsetzen. – Danke schön. (Starker Beifall)

### **Dieter Scholz, Vorsitzender des Kongresses**

Lieber Guy! Herzlichen Dank für diese Worte und diese klare politische Botschaft. Wir wissen, dass Du persönlich am Entstehen des neuen Weltbundes einen großen Anteil hast, wofür ich Dir an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich danken will. (Beifall)

Ich kann Dir versichern, dass auch von diesem DGB-Kongress ein Signal für die weltweite gewerkschaftliche Einheit ausgehen wird. Unsere Delegierten werden eine entsprechende Entschließung in dieser Woche diskutieren und verabschieden. Der DGB wird dabei sein, wenn wir im November in Wien einen neuen Welt-

bund gründen werden. In diesem Sinne uns allen viel Erfolg bei der internationalen Arbeit! (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich gebe jetzt noch einmal das Wort an unseren Vorsitzenden Michael Sommer, der uns auf einen Film hinweisen will, von dem wir auch noch einen kurzen Ausschnitt zu sehen bekommen.

### **Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbunds**

Die Würde des Menschen ist unser Maßstab – aller Menschen! Wir wissen, dass es unwürdige Arbeitsbedingungen auf der Welt gibt. Wir dürfen uns mit diesen unwürdigen Bedingungen nicht abfinden. Mehr noch: Wir müssen uns gemeinsam der Sache stellen, diese unwürdigen Arbeitsbedingungen anzuprangern, um auch in den Gegenden der Welt, wo der Brutalkapitalismus noch am Anfang seines Wirkens ist und Menschen in einer Form unterdrückt, wie man es sich nicht vorstellen kann, für Abhilfe zu sorgen.

Es gibt den Film „Workingman's Death“. Das ist ein abendfüllender Dokumentarfilm, der in fünf Sequenzen schildert, wie Menschen unter unwürdigen Arbeitsbedingungen leiden und wie sie trotzdem ihre Würde behalten.

Ich muss persönlich sagen: Ich habe selten einen Film gesehen, der mich so wie dieser ergriffen hat. Wir hatten ihn im vergangenen August hier in Berlin welturaufgeführt. Er läuft jetzt in den Kinos an, auch in deutschen Kinos.

Wir haben den Delegierten des Kongresses in die Mappe zwei Freikarten gelegt. Ihr findet sie in der roten Kongressmappe. Wenn Ihr wollt, könnt Ihr Euch den Film zuhause in Eurem Heimatkino, wenn er denn dort läuft, mit wem auch immer ansehen. Ich will Euch diesen Film deshalb ans Herz legen, weil er eines deutlich macht, das nämlich, worauf Guy Ryder mehr allgemein einging: dass das ganz reale Probleme von Menschen sind.

Die erste Sequenz dieses Films findet übrigens nicht in der weiten fernen Welt statt, sondern vielleicht etwas über tausend Kilometer von hier entfernt in der Ukraine. Man sieht, unter welch menschenunwürdigen Bedingungen dort Bergarbeiter arbeiten und hausen. Wir sehen weiter Szenen, die sehr ans Gemüt, aber auch an das Empfindungsvermögen gehen, auf einem Schlachthof in Afrika. Wir haben Szenen von Menschen, die Schiffe mit Schneidbrennern und bloßen Händen auseinandernehmen. Wir haben Bilder von Menschen, die in Indonesien auf der einen Seite Rohstoffe ernten und gleichzeitig zum Gespött von Menschen werden, die dorthin reisen, um sich die Naturschauspiele anzusehen.

Nicht zuletzt ist es Pepe Danquart und Michael Glawogger gelungen, in China zu filmen und dort zu zeigen, unter welch menschenunwürdigen Bedingungen zum Beispiel an einem Hochofen gearbeitet wird. Ich sage das deshalb sehr gezielt, weil wir ja in der China-Berichterstattung immer so tun, als ob das nun das Eldorado der Weltwirtschaft sei. Das Eldorado der Arbeitsbedingungen ist es mit Sicherheit nicht. Wir wissen das von den vielen, vielen, vielen tausend Toten zum Beispiel in chinesischen Bergwerken.

Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte uns diesen Film ans Herz legen, um uns persönlich aufzurütteln, dass wir in diesem Kampf nicht nachlassen. Ich sage aber auch: Das ist kein Film für zartbesaitete Gemüter; denn er hält die Kamera drauf. Deswegen will ich das ausdrücklich sagen.

Ich bitte, jetzt den Trailer abzuspielen, damit Ihr Euch eine Vorstellung davon machen könnt. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. (Beifall)

(Einspielung des Trailers für den Film „Workingman's Death“ – Beifall)



**Dieter Scholz, Vorsitzender des Kongresses**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit diesen nachdenklichen Bildern beenden wir einen bewegten und nicht ganz einfachen Kongresstag. Ich danke Euch für Eure Arbeit und für die Zusammenarbeit mit dem Präsidium. Wir unterbrechen jetzt den Kongress.

Ich wünsche Euch einen schönen Abend in Berlin. Wenn Ihr Zeit habt, guckt Euch die Stadt ein bisschen an, gönnt Euch was. Morgen geht die Arbeit weiter. Der Kongress wird morgen pünktlich um neun Uhr fortgesetzt. Danke und einen schönen Abend!

(Ende des 2. Kongresstages: 17.49 Uhr)

**Korrekturen zum Tagesprotokoll, die in der Endfassung berücksichtigt werden sollen, bitte jeweils bis mittags 12.00 Uhr am Infocounter abgeben.**